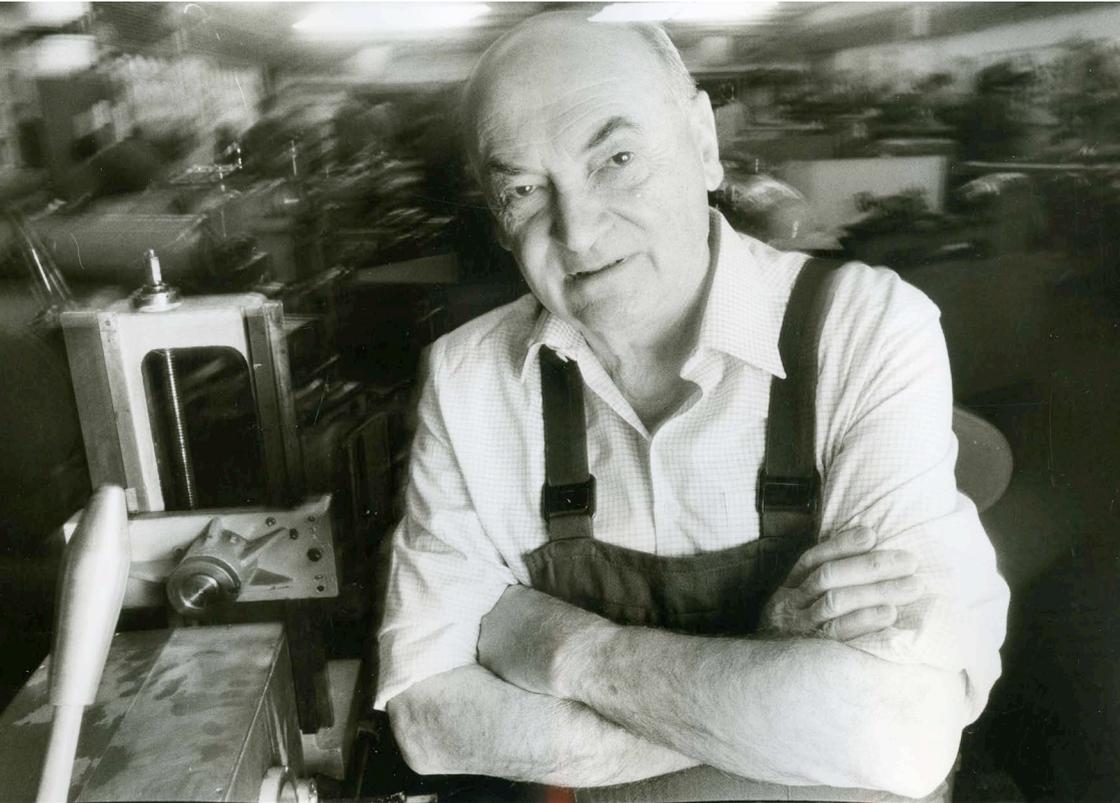


FRIEDERIKE SCHERR

# SEIN WEG

## 100 JAHRE ANTON BENYA

Anton Benya (1912–2001)



[www.sozialarchiv.at](http://www.sozialarchiv.at)

VOGB |

OGB

Die Reihe Zeitgeschichte und Politik wird herausgegeben von Marcus Strohmeier im Auftrag des Verbandes österreichischer gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) und in Zusammenarbeit mit dem Archiv der sozialen Bewegungen.



Foto: ÖGB, Titelfoto: Manfred Klimek

Diese Broschüre wurde in Kooperation mit der ÖGB-Kommunikation/Bereich Archiv erstellt. Vielen Dank an Marcus Strohmeier, Johanna Wagner, Ernst Tüchler und Jutta Zabaha-Rainer für die Anregungen und die Durchsicht des Manuskriptes.

## INHALT

4	Vorwort
5	Kindheit und Jugend
8	Widerstand und Krieg
12	Herausforderungen im Nachkriegsösterreich
16	Neue Aufgaben
20	Der Metaller Anton Benya
22	Der ÖGB-Präsident Anton Benya
24	Arbeitszeitverkürzung
26	Eigenständigkeit und die Einheitlichkeit des ÖGB
27	1970er-Jahre
28	Humanisierung der Arbeitswelt
29	Mitbestimmung im Betrieb
31	Fachkräftequalifizierung
32	ÖGB und Kirche
33	Internationale Politik
35	Die Verstaatlichte
37	Zwentendorf und Hainburg
39	Bilanz
39	Der Politiker und Nationalratspräsident Anton Benya
42	Der Sozialpartner Anton Benya
45	Abschied von politischen Funktionen
50	Präsident des Fußballklubs Rapid – ein Nachtrag
51	Namensgebungen zur Erinnerung an Anton Benya
52	Bibliografie

---

## Impressum

Text: Friederike Scherr

Fotos und Materialien: Pressearchiv des ÖGB, ÖGB-Medienarchiv, Privatarchiv A. Benya, Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Votava

Grafik: Katharina Bruckner, Isabelle Carhoun

Lektorat: Marga Achberger

Medieninhaber: Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB)

Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Wien 2014, 2. überarb. Auflage

## VORWORT

### Auch wir gehen seinen Weg

Am 8. Oktober 2012 wäre Anton Benya, ehemaliger Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und des Nationalrates, 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass widmet ihm der ÖGB unter anderem diese Publikation. Der Person Anton Benya in einer Broschüre gerecht zu werden ist freilich keine einfache Aufgabe: Seine bewegte, von den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren geprägte Jugend, sein Engagement als Gewerkschafter in der Metallgewerkschaft und später im ÖGB, seine herausragende Rolle in der Österreichischen Sozialpartnerschaft und schließlich auch seine Funktion als Staatsmann an der Spitze des Nationalrates können auf diesen wenigen Seiten nicht umfassend beleuchtet werden.

Mit dieser Broschüre unternehmen wir aber den Versuch, einen Überblick über den Menschen, den Gewerkschafter und den Staatsmann Anton Benya zu geben: über die Zeit und die sozialen Verhältnisse, die Anton Benya als jungen Mann prägten; über den Aufstieg der Arbeit-

nehmerInnen in der Zweiten Republik, zu dem Benya als Gewerkschafter maßgeblich beigetragen hat; über die Entwicklung der Sozialpartnerschaft und was sie dem Land brachte und bis heute bringt – wissend, dass diese Institution von manchen sehr kritisch gesehen wird.

Mit dem Rückblick wollen wir zugleich den Blick nach vorne schärfen. Denn bis heute müssen die ArbeitnehmerInnen um jede Verbesserung ihrer Lage hart kämpfen; bis heute müssen drohende Rückschritte und Verschlechterungen mit der Kraft einer starken Organisation abgewendet werden; bis heute müssen wir bei Veränderungen die Frage stellen, die Anton Benya all seinen Entscheidungen zugrunde gelegt hat: Nützt oder schadet das den ArbeitnehmerInnen? Denn so gehen wir – auch in einer völlig anderen Zeit – seinen Weg konsequent weiter.

*Erich Foglar, ÖGB-Präsident  
Wien im September 2012*

## SEIN WEG. 100 JAHRE ANTON BENYA

### Kindheit und Jugend

Anton Benya erlebte eine Kindheit, wie sie in damaligen Arbeiterfamilien typisch war. Er kam am 8. Oktober 1912 als drittes Kind des Bäckers und Sozialdemokraten Stefan Benya und der Niederösterreicherin Rosina Benya, geborene Birkner, im Wiener Arbeiterbezirk Penzing zur Welt, wo er den Großteil seiner Kindheit und Jugend verbrachte. Die Familie lebte zu sechst (Anton Benya hatte zwei ältere Schwestern und eine jüngere) in einer Zimmer-Küche-Kabinettt-Wohnung in der Goldschlagstraße. Nicht einmal zwei Jahre nach seiner Geburt begann der Erste Weltkrieg und sein Vater musste für vier Jahre in den Krieg. Die Mutter brachte die Familie mit Wäschewaschen durch die Kriegsjahre, erkrankte nach Kriegsende und starb schließlich im Frühjahr 1923 an Tuberkulose. Der Vater war nach Kriegsende arbeitslos, fand dann eine Stelle bei der Wiener Sicherheitswache und heiratete nach dem Tod der Mutter ein zweites Mal. Anton Benya verbrachte die meiste Zeit seiner Kindheit auf der Straße oder auf der „Gstetten“. Das Fußballspiel mit „Fetzenlabeledl“ war eine beliebte Beschäftigung und im nahen Wienfluss lernte er „sich über Wasser zu halten“ (Benya 1992, S. 12).

Im Oktober 1918, kurz vor Gründung der Republik Österreich, kam er in die fünfklassige



Anton Benya im Alter von vier Jahren mit seinen Schwestern Rosina und Stefanie (Foto: Privatarchiv Benya)

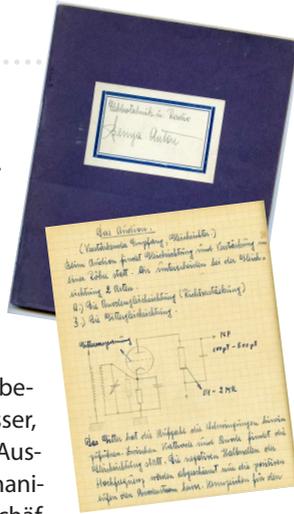
sige Volksschule und 1923 in die dreiklassige Bürgerschule. Anton Benya erzählte, dass seine „Klassenkameraden richtige Proletarierkinder“ waren und er mit ihnen „zum ersten Mal Solidarität erlebt habe, ohne das Wort zu kennen“. Er interessierte sich vor allem für naturwissenschaftliche Fächer und Geschichte. Da er ein guter Schüler war, empfahl der Klassenvorstand seinen Eltern, ihn in das Technologische Gewerbemuseum (entspricht einer heu-

## Sein Weg.

tigen HTL) zu schicken. Doch fasziniert von den technischen Neuerungen wollte er unbedingt Mechaniker werden. Nach längerer Suche fanden seine Eltern einen Lehrplatz im Starkstrombetrieb Scheiber und Kwaysser, wo er im Mai 1927 seine Ausbildung zum Elektromechaniker begann. Die Firma beschäftigte etwa 200 Personen, war hundertprozentig im Metallarbeiterverband der Freien Gewerkschaften organisiert und hatte einen Betriebsrat sowie einen Lehrlingsvertrauensmann. Das hatte zur Folge, dass Anton Benya seine Lehre unter damals fortschrittlichen Arbeitsbedingungen absolvieren konnte und bald mit gewerkschaftlicher Betriebsarbeit sowie politischen Themen vertraut wurde. Er trat der Lehrlingssektion des Metallarbeiterverbandes bei, lernte dort die praktische Gewerkschaftsarbeit kennen und nahm an gemeinsamen Ausflügen teil. Später wurde er Schriftführer der Lehrlingssektion und Lehrlingsvertrauensmann im Betrieb.

Schon als 11-Jähriger erlebte Anton Benya die immer wieder gewalttätig ausgetragenen politischen Gegensätze in der noch jungen, politisch instabilen und wirtschaft-

<sup>1</sup> Die „Frontkämpfervereinigung“ war eine kleinere, am rechten Rand der damaligen Heimwehrverbände angesiedelte Gruppe.



Anton Benyas Mitschrift im Lehrfach „Elektrotechnik und Radio“ (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung)

lich schwachen Republik. So z. B. 1923 das große Begräbnis des sozialdemokratischen Betriebsratsobmannes Franz Birnecker, der von einem „Frontkämpfer“<sup>1</sup> nach einer Arbeiterversammlung getötet worden war. Ein markantes Ereignis gewaltsamer politischer Auseinandersetzung erlebte Anton Benya auch gleich zu Beginn seiner Lehrzeit. Am 15. Juli 1927 wurden „Frontkämpfer“, die im burgenländischen Schattendorf ein Kind und einen Invaliden erschossen



Wandern und diskutieren mit FreundInnen und Mitgliedern der Lehrlingssektion waren beliebte Sonntagsbeschäftigungen von Anton Benya (re. stehend) (Foto: ÖGB)

hatten, freigesprochen. Dieses Urteil empörte die Arbeiterschaft dermaßen, dass sie sich spontan zu einer großen Demonstration am Wiener Ring versammelte. Die Situation eskalierte, der Justizpalast wurde als Symbol der „Klassenjustiz“ in Brand gesetzt und die Polizei schoss in die Menge. 89 Tote und zahlreiche Verletzte waren die Folge. Anton Benya wurde Zeuge, wie sich die Arbeiter in seiner Firma spontan sammelten und sich auf dem Weg in die Innenstadt machten. Er selbst musste, wie die anderen Lehrlinge, auf Anweisung des Betriebsrates im Betrieb bleiben.

Dieses Ereignis trieb die Polarisierung der politischen Lager und die Aufrüstung ihrer paramilitärischen Verbände voran. Die größten Verbände waren die Heimwehr des bürgerlich-bäuerlichen Lagers auf der einen und der Republikanische Schutzbund der sozialdemokratischen Bewegung auf der anderen Seite. Auch in Anton Benyas Betrieb verschlechterte sich das Klima. Sozialdemokratische Betriebsrätinnen und Betriebsräte wurden gekündigt, es kamen christliche und sogenannte unabhängige, den Heimwehren nahestehende GewerkschafterInnen. Auch bei den Massenentlassungen infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929 waren die freien GewerkschafterInnen unter den ersten, die gehen mussten. 1929 erlebte Anton Benya den ersten Streik im Betrieb. Ein neuer Direktor warf einem Arbeiter unzulängliche Arbeit vor und die Belegschaft stellte sich

hinter ihn. Als Lehrling durfte Anton Benya nicht am Streik teilnehmen, aber er solidarisierte sich, indem er unbrauchbare Stücke herstellte.

Die Weltwirtschaftskrise verursachte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine weitere Verschärfung des politischen Klimas. Schließlich wurden die nach 1918 geschaffenen sozialen Netze ausgedünnt, fast die Hälfte der Arbeitslosen in den 1930er-Jahren verlor so die Arbeitslosenunterstützung. Die Folgen der Wirtschaftskrise bekam Anton Benya auch in seinem unmittelbaren Umfeld zu spüren, wo bis zu zwei Drittel der Erwerbsfähigen arbeitslos waren. Anfang September 1930, drei Monate nach Been-



Der 20-jährige Anton Benya  
(Foto: Privatarchiv Benya)

digung seiner Lehre, erhielt auch Anton Benya die Kündigung. Er fand jedoch sechs Wochen später wieder Arbeit bei der Radiofirma Ing. Ludwig Neumann, Firmenmarke Ingelen, wo er, unterbrochen durch mehrmalige Arbeitslosigkeit und zwei politische Haftstrafen, bis 30. April 1948 beschäftigt war. Die Zeiten der Arbeitslosigkeit sind darauf zurückzuführen, dass von den 200 bis 250 Beschäftigten (ca. drei Viertel Frauen) im Betrieb nur etwa 15 Prozent zur Stammbeslegschaft gehörten und die meisten für die Zeit der Saisonproduktion von ca. einem halben Jahr beschäftigt waren. Nach Ende der „Saison“ wurde ein Teil der Belegschaft in die Arbeitslosigkeit geschickt.

## Widerstand und Krieg



(Foto: ÖGB)

Vor allem seine Erfahrungen in der Arbeitswelt und die Lebensbedingungen in seiner Umwelt prägten Anton Benyas politische Bewusstseinsbildung. Er lernte früh, sich für die Arbeitskolleginnen und -kollegen einzusetzen, betriebliche Konflikte auszutragen und politische Ziele zu entwickeln. 1929 trat er im Alter von 17 Jahren in die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) ein. Dort kassierte er Mitgliedsbeiträge,

wurde Mitglied bei den Wehrtornern, einem Arbeitersportverein, und trat Ende 1931 dem Republikanischen Schutzbund bei. Die politischen Schulungen in der SDAP gaben seinem Leben „Sinn und Richtung: Für eine demokratische Gesellschaft zu kämpfen, in der allen Menschen das Recht auf Arbeit und eine menschenwürdige Existenz gesichert war“. Den Republikanischen Schutzbund sah er als „Mittel gegen die Gefährdung der Republik durch halbfaschistische Organisationen“ (Benya 1992, S. 25–26), die den Parlamentarismus ablehnten und autoritäre Systeme schaffen wollten.

Tatsächlich regierte der christlichsoziale Bundeskanzler Dollfuß nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 mithilfe des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ von 1917. In der Folge



Anton Benyas Mitgliedsbuch bei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung)

wurde u. a. die Versammlungs- und Pressefreiheit aufgehoben, der Republikanische Schutzbund aufgelöst, die Kommunistische Partei verboten und schließlich eine autoritäre Regierung mit dem Heimwehrführer Emil Fey als Vizekanzler gebildet, die daran ging, die junge Demokratie und die ihr zugrunde liegende Rechtsstaatlichkeit auszuhöhlen. Der Versuch, in Abgrenzung zum nationalsozialistischen Deutschland eine eigene, österreichische Variante einer totalitären Regierung zu errichten und die Sozialdemokraten zu entmachten, führte schließlich am 12. Februar 1934 zur bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Regierung. Nach Niederschlagung des Aufstandes mit Hunderten von Toten, neun vollstreckten Todesurteilen und über 10.000 Verhaftungen folgte das Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Freien Gewerkschaften. Alle sozialdemokratischen Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie GewerkschafterInnen wurden ihrer Funktionen in den Sozialversicherungen oder Arbeitsämtern enthoben und in die Illegalität gedrängt.

Anton Benya wurde Ende 1933 schon als 21-Jähriger<sup>2</sup> in den Betriebsrat der Fa. Ingelen gewählt. Keine zwei Monate später war die Funktion faktisch wieder beendet. Am 12. Februar 1934 begab sich Anton Benya als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes in sein Sammellokal, das Arbeiterheim in Penzing, kehrte aber nach zweimaligem Versuch, die Genossen im Ar-

beiterheim Ottakring zu unterstützen, mit seiner Gruppe in das Sammellokal zurück, da das Militär schon in der Übermacht war. Kurze Zeit später, am 6. März, wurde er von der Polizei vorgeladen und wegen der denunzierenden Aussage eines Genossen auf der Stelle 15 Tage lang inhaftiert. Nach seiner Freilassung war er bis Mitte September 1934 arbeitslos.



Das Arbeiterheim Ottakring nach den Februarkämpfen (Foto: ÖGB)

<sup>2</sup> Normalerweise war die Voraussetzung ein Alter von 24 Jahren, jedoch machte ein politisches Leumundszeugnis ohne Vorstrafen eine frühere Kandidatur möglich.

Am 1. Mai 1934 wurde der christliche „Ständestaat“ mit einer autoritären Verfassung ausgerufen und eine Einheitsgewerkschaft, der „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“ gegründet. Die Funktionäre wurden von der Regierung eingesetzt. In den Betrieben wurden die BetriebsrätInnen durch „Vertrauensmänner“ ersetzt, die von der – bereits der Regierung unterstellten – Arbeiterkammer ernannt wurden. Als Anton Benya Mitte September wieder in seinen Betrieb aufgenommen wurde, sollte er erneut eine Funktion in der Belegschaftsvertretung übernehmen, was er jedoch ablehnte. Er wurde Mitglied der illegalen Freien Gewerkschaften und engagierte sich in einer etwa 40-köpfigen Gruppe. Hier vertrieb er auch Beitragsmarken der „Roten Hilfe“, der Unterstützungsorganisation für politisch Verfolgte, und Marken der illegalen freien Gewerkschaftsorganisation, welche ihm bei seiner zweiten Verhaftung beinahe zum Verhängnis geworden wären. In dieser Zeit, im Mai 1935, heiratete Anton Benya Hildegard Bierbaumer aus Niederösterreich, eine Arbeiterin bei Ingelen, mit der er bis zu seinem Lebensende zusammenbleiben sollte.

Innerhalb der illegalen Gewerkschaftsbewegung gehörte Anton Benya zu den VertreterInnen, die sich für eine Unterwanderung des austrofaschistischen Regimes aussprachen. Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland erlaubte die Regierung



Hochzeit im Mai 1935: Anton Benya und Hildegard Bierbaumer (Foto: Privatarchiv Benya)

zwischen 1. Oktober und 31. Dezember 1936 wieder Vertrauensmännerwahlen in den Betrieben. Zahlreiche Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Vertrauensleute der freien Gewerkschaften kandidierten. Dazu mussten sie allerdings Mitglied der Einheitsgewerkschaft werden und sie durften keine politischen Vorstrafen haben. Anton Benya kandidierte und wurde gewählt. In der Folge wurde er auch Vertreter der Ortsgruppe Hernals/Ottakring im Einheitsgewerkschaftsbund und ebenso als Mitglied der Vaterländischen Front registriert. Die Funktion erlaubte lediglich eine Interessenvertretung innerhalb des Betriebs, die Freien Gewerkschaften waren weiterhin verboten – aber Anton Benya blieb dort aktiv. Als



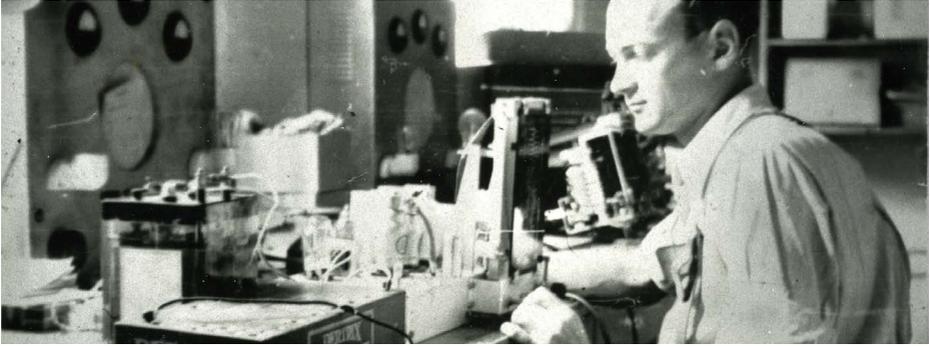
Reisepass von Anton und Hilde Benya (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung)

er sich am 9. Februar 1937 mit Kollegen der illegalen Organisation zwecks Vorbereitung einer Gedenkaktion zu den Februarereignissen 1934 in einem Gasthaus in Hernals traf, wurden alle verhaftet. Anton Benya wurde des Hochverrates beschuldigt und blieb bis 7. September 1937 in Haft. Das Verfahren wurde am 18. Februar 1938 – drei Wochen vor dem Einmarsch Hitlers – eingestellt. Die Haft hatte zur Folge, dass er vorerst bei Ingelen nicht wieder angestellt wurde und auch in anderen Betrieben keine Arbeit fand.

Am 12. März 1938 marschierten die deutschen Truppen in Österreich ein. Eine Reihe führender illegaler Gewerkschafter, wie z. B. Friedrich Hillegeist oder Franz Olah, waren unter den ersten, die in Kon-

zentrationenlager gebracht wurden. Anton Benya konnte am 4. April 1938 wieder in der Firma Ingelen als Facharbeiter zu arbeiten beginnen und wurde zwangsläufig ein Mitglied der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), der alle ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen angehören mussten. Eine Funktion in der Belegschaftsvertretung lehnte er aber ab. Diese Weigerung musste er vor dem Ortsgruppenvorsitzenden der DAF verteidigen.

Die Rüstungsproduktion des Unternehmens – Ingelen steigerte seine Produktion und stellte zusätzlich Telekommunikationsgeräte für Flugzeuge her – bewahrte Anton Benya davor, als Soldat in den Krieg zu müssen, da die männlichen Facharbeiter als „unabkömmlich“ eingestuft wurden. Der politische Austausch unter den RegimegegnerInnen im Betrieb fand meist in der Freizeit im Betriebssportverein statt. Da der Leiter des Vereins kein fanatischer Nationalsozialist war, verriet er sie nicht und warnte sie sogar, wenn die Gespräche zu laut wurden. In den späteren Kriegsjahren wurde die Situation für Oppositionelle noch schwieriger und einige wurden wegen Sabotage oder verräterischen Antikriegsäußerungen verhaftet. Als es Benya 1944 zu gefährlich wurde, wollte er der Firmenleitung sogar seinen Einberufungsbefehl verschweigen und einrücken. Der Direktor musste diesen aber unterzeichnen und ließ ihn nicht gehen.



Elektromechaniker bei der Firma Ingelen in den Kriegsjahren (Foto: ÖGB)

### Herausforderungen im Nachkriegsösterreich

Ende 1944 wurde der Betrieb wegen der Luftangriffe auf Wien verlegt und Anton Benyas Arbeitsbereich im Tiroler Achenal angesiedelt. Seine Frau, zu diesem Zeitpunkt arbeitslos, begleitete ihn dorthin. So erlebten sie das Kriegsende in Tirol und machten sich Ende Mai 1945 mit einem Prokuristen der Firma teils mit dem Zug, teils mit dem Fahrrad auf den Weg in die Hauptstadt. Im Juni erreichten sie Wien. Ihre Wohnung war nicht zerstört und Anton Benyas Vater und seine Schwestern hatten überlebt. Die Stiefmutter war schon vor seiner Abreise nach Tirol, am 22. Juni 1944, gestorben. Anton Benya kehrte umgehend in seinen Betrieb zurück, wo die Kolleginnen und Kollegen mit der Betriebsratswahl bis zu seiner Rückkehr gewartet hatten. Sie wählten ihn schließlich zum Betriebsratsobmann. Im Unternehmen half

er bei der Rückführung der Betriebseinrichtungen und pendelte dadurch mehrmals zwischen Wien und Tirol quer durch die Besatzungszonen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen im zerstörten Wien waren schwierig, aber die Erleichterung über das Ende des Krieges und der Illegalität sowie die Wiedererrichtung einer demokratischen Republik war groß.

Im April 1945, noch vor dem tatsächlichen Kriegsende in Österreich, wurde in Wien der überparteiliche Österreichische Gewerkschaftsbund mit 16 in ihm vertretenen Fachgewerkschaften und mit Johann Böhm als erstem Vorsitzenden des provisorischen Vorstandes gegründet. Jahre der Illegalität, Verfolgung, Inhaftierung, Ermordung und der Schrecken des Krieges ließen das Ziel einer geeinten ArbeitnehmerInnenvertretung in den Vordergrund treten. Die politischen Richtungen sollten durch ihre jeweiligen VertreterInnen in den Gremien

repräsentiert sein. Noch im April 1945 begannen auch die Metallarbeiter ihre Organisation wieder aufzubauen. Obmann wurde Karl Maisel, führender Gewerkschafter in der Illegalität, mehrmals verhaftet und im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. Die Metallarbeiter in den Betrieben trugen wesentlich zum raschen Wiederaufbau der zerstörten Grundstoffindustrie bei und spielten in der wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltung der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle.

Anton Benya ging nach seiner Wahl zum Betriebsrat bei Ingelen zu „seiner“ Gewerkschaft, um die noch in der Illegalität gesammelten Mitgliedsbeiträge zu überbringen. Er arbeitete bald wieder im gewerkschaftlichen Aktionskomitee seines Bezirkes mit,



1949: Der Zentralvorstand der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter. Anton Benya (Markierung) wurde beim 1. Gewerkschaftstag 1947 als jüngstes Mitglied gewählt. Vorne sitzend v. l. n. r.: Karl Maisel, Willi Kunst, Leo Geiger (Foto: ÖGB/Zvazek)

der späteren Ortsgruppe 10 (Ottakring/Hernals), wo er die Funktion des Schriftführers und Obmannstellvertreters sowie des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Betriebsratsfunktionäre in Hernals bekleidete. Als Vertreter der Metallertorsgruppe wurde er zum ersten Gewerkschaftstag der Metall- und Bergarbeiter im März 1947 delegiert und hielt das erste Mal eine Rede vor einer so großen Versammlung. Bei diesem Gewerkschaftstag wurde Anton Benya als jüngstes Mitglied in den Zentralvorstand der Gewerkschaft und Karl Maisel zum Vorsitzenden gewählt.

Karl Maisel, seit November 1945 auch Sozialminister, wurde auf den forschen, hinsichtlich der politischen Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen ungeduldigen Anton Benya aufmerksam, und entsandte ihn als Vertreter der Metaller in den Österreichischen Gewerkschaftsbund mit den Worten: „Ihr müsst auch selber anpacken!“ Obwohl er weniger verdiente als bei Ingelen, reizte ihn die Arbeit, und Anton Benya übernahm ab Frühjahr 1948 die Funktion als ÖGB-Sekretär für Organisation, zuständig für die Verbindungen zu den damals 16 Gewerkschaften und den acht ÖGB-Landesorganisationen. Zu seinen ersten Aufgaben gehörte die Organisation des 1. ÖGB-Bundeskongresses von 18. bis 23. Mai 1948. Bei diesem Kongress wurden Johann Böhm zum Präsidenten und Karl Maisel, Erwin Altenburger und Gottlieb Fiala als Vizepräsidenten gewählt. Leitender Sekretär wurde

Anton Proksch (ab 1951 dann Generalsekretär). Anton Benya bekam ein Büro zwischen den Zimmern von Johann Böhm und Anton Proksch. Er wurde zu den meisten Verhandlungen hinzugezogen und lernte so viele GesprächspartnerInnen der beiden kennen. Durch die Nähe zu Böhm und Proksch erweiterte sich Anton Benyas Sichtweise von einer bis dahin betrieblichen auch auf eine gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ebene. Johann Böhm wurde für ihn ein großes Vorbild, u. a. weil er „die Kunst der Gesprächsführung und der Koordination meisterhaft beherrschte“ (Benya 1992, S. 56). Als Organisationssekretär sammelte Anton Benya viele Erfahrungen, die sich für seine späteren Aufgaben von Nutzen erweisen sollten. So war er in dieser Funktion viel in den Bundesländern unterwegs und fungierte als Mittler zwi-



1953: Anton Benya bei einer Konferenz der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion in Klagenfurt (1. Reihe li.). Rechts von ihm: Fritz Klenner und ÖGB-Präsident Johann Böhm (Foto: ÖGB/Zuber)

schen Zentrale und den lokalen ÖGB- und Gewerkschaftsorganisationen, den Betriebsrätinnen und Betriebsräten, anderen Fraktionen und Mitgliedern. Zu seinen Aufgaben gehörten sowohl der Aufbau der Organisation als auch die Vermittlung und Diskussion der Politik des ÖGB.

Für den Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und die Erhaltung des sozialen Friedens waren die Hilfen aus dem Ausland (European Recovery Program (ERP), Marshall-Plan), die Schaffung einer stabilen Währung und nicht zuletzt die fünf jährlichen Preis- und Lohnabkommen der „Wirtschaftspartner“ zwischen 1947 und 1951 von entscheidender Bedeutung. Durch diese Abkommen sollte eine galoppierende Inflation verhindert werden. ÖGB, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer vereinbarten eine zentrale Lenkung der Löhne und Preise. Diese wurden schrittweise erhöht, um Subventionen des Staates abzubauen, zu einer geordneten Preisgestaltung zu kommen und eine Angleichung der Einkommen an die steigenden Preise zu erreichen. Viele ArbeitnehmerInnen standen hinter der Politik des ÖGB, aber es gab auch Unmut, Proteste und Streiks. An diesen waren neben Betriebsrätinnen und Betriebsräten des VdU (Verband der Unabhängigen – Vorgängerpartei der FPÖ) vor allem kommunistische GewerkschafterInnen und Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräte beteiligt. Letztere stellten die Mehrheit in den von den Sow-



Oktoberstreik 1950: Demonstration am Ballhausplatz. Redner am Wagen ist der kommunistische Gemeinderat Josef Lauscher (Foto: ÖGB/Kammler)

jets verwalteten Betrieben (USIA, mit etwa 40.000 Beschäftigten) und waren mit der mehrheitlich sozialdemokratischen, in ihren Augen „versöhnlerischen“ Politik des ÖGB unzufrieden.

Beim 4. Lohn-Preis-Abkommen im September 1950 kam es vermehrt zu Streiks und Demonstrationen. Die Kommunisten versuchten, ohne Zustimmung der ÖGB-Gremien einen Generalstreik zu organisieren. Nach einer ersten großen Streikwelle konnte der ÖGB viele ArbeitnehmerInnen schließlich doch vom Lohn-Preis-Abkommen überzeugen und sie zur Beendigung der Streiks bewegen. In den Betrieben der sowjetischen Zone kam es jedoch zu einem weiteren Generalstreikversuch, der schließ-

lich zu Auseinandersetzungen zwischen ArbeitnehmerInnen führte. Die Polizei durfte ohne Genehmigung der sowjetischen Kommandantur nicht eingreifen, also rief der ÖGB zur Gegenwehr auf. ÖGB und Regierungsparteien organisierten Räumtruppen, die Straßensperren und Hindernisse beseitigten. Anton Benya hatte als Organisationssekretär die Abwehr des Generalstreiks zu organisieren und war auch selbst im Einsatz. Er erinnerte sich: „Ich war dabei, als es darum ging, die Straßensperre bei der Wiener Paulanerkirche wegzuräumen, damit die Straßenbahn durchkonnte. Die Blockade der Favoritner Straßenbahnremise hatte Franz Olah mit einem Bautrupps beseitigt. In vielen Betrieben, zum Beispiel den Elektrizitätswerken,

weigerten sich die Arbeiter, die gegen den Willen des ÖGB ausgegebene Streikparole zu befolgen ... In den Streiktagen wurde auch immer wieder versucht, mithilfe der aus verschiedenen Betrieben kommenden Gruppen, die mit Lastwagen oder Bussen vorfuhren, in die Zentrale des ÖGB einzudringen, um die persönliche Empörung auszudrücken. Körperliche Gewalt war dabei nicht auszuschließen. Eines Tages, ich überwachte den Zutritt zum ÖGB-Haus auf seiner Rückseite in der Wipplingerstraße, die parallel zur Hohenstaufengasse verläuft, fuhr ein Lastwagen mit Männern vor, die in das Haus eindringen wollten. Rechtzeitig konnte ich das Tor verschließen, sie gaben ihr Vorhaben auf“ (Benya 1992, S. 59–60). Ebenso wenig ließ er den kurz danach mit einer ihm unbekanntem Gruppe kommenden kommunistischen ÖGB-Vizepräsidenten Gottlieb Fiala ins Haus.

Das Verhalten des ÖGB in dieser Situation und seine gute Verankerung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung waren wichtige Faktoren für das Zustandekommen und den Abschluss des Staatsvertrages mit den Alliierten im Jahr 1955. Anton Benya stellte noch viele Jahre später fest, dass bei einer Einmischung der Amerikaner der „Eiserne Vorhang“ am Rande der sowjetischen Besatzungszone in Österreich niedergehen hätte können, und „wahrscheinlich hätte uns im Jahr 1950 auch niemand geholfen, wenn wir uns nicht selbst geholfen hätten“ (Ludwig 1991, S. 179).

In den ersten zehn Nachkriegsjahren, von 1945 bis 1955, konnte die Organisation des Gewerkschaftsbundes auf- und ausgebaut werden. So betrug der Mitgliederstand im Jahr 1955 bereits 1,398.446 Personen. Es gelang in diesen Jahren vor allem die Durchsetzung zahlreicher arbeits- und sozialrechtlicher Gesetze, durch die soziale Errungenschaften der Ersten Republik wieder hergestellt sowie neue hinzugefügt wurden.

### Neue Aufgaben

Am 23. Jänner 1956 schied Karl Maisel aus dem Amt des Sozialministers und wurde Präsident der Arbeiterkammer Wien und des Österreichischen Arbeiterkammertages. Sein Nachfolger als Sozialminister: der bisherige ÖGB-Generalsekretär Anton



1956: Die neuen stellvertretenden Generalsekretäre Anton Benya und Fritz Klenner bei der Eröffnung der SW-Möbelausstellung (hintere Reihe v.l.n.r.: Dir. Lasch, Johann Böhm, Franz Olah; Foto: ÖGB/Kammler), und ...



... auf dem Weg nach Budapest mit dem ersten Lebensmitteltransport für die ungarischen ArbeiterInnen aus den Mitteln einer ÖGB-Sammelaktion kurz vor Weihnachten 1956. A. Benya links und F. Klenner rechts vom Zollbeamten (Foto: ÖGB/Kammler)

Proksch. Anton Benya und der damalige Pressereferent Fritz Klenner übernahmen die Aufgaben von Anton Proksch und wurden stellvertretende Generalsekretäre des ÖGB. Anton Benya übernahm außerdem die Funktion des Bundessekretärs der sozialistischen Fraktion im ÖGB und wurde ab 8. Juni 1956 Abgeordneter der SPÖ zum Nationalrat, dem er gut 30 Jahre angehören sollte. Im ÖGB gehörte auch die Wirtschafts- und Lohnpolitik, der Kernbereich der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen, zum Arbeitsbereich Anton Benyas. Er war bei der von Johann Böhm forcierten institutionellen Gründung der österreichischen Sozialpartnerschaft, der Gründung der Paritätischen Kommission, im März 1957 dabei, und war in ihr dreißig Jahre – bis zu seinem Ausscheiden aus dem ÖGB

1987 – vertreten. Als stellvertretender Generalsekretär war es auch seine Aufgabe, GewerkschafterInnen sowie Betriebsrätinnen und Betriebsräte von der Sinnhaftigkeit der Paritätischen Kommission zu überzeugen, was er aus tiefster Überzeugung tat.

Anton Benya sagte selbst, dass ihn die „Gewerkschaftsphilosophie“ Böhms geprägt habe, nämlich die Einsicht Böhms, dass Unternehmer und ArbeitnehmerInnen gemeinsame Interessen wie optimales Wirtschaftswachstum, gute Beschäftigung und steigende Kaufkraft verbunden mit stabiler Währung hätten. Über deren Verteilung müsse aber immer wieder verhandelt werden. Anton Benya hielt sich in seiner späteren Funktion als ÖGB-Präsident an die Maxime: „Nur eine fette Kuh kann gemol-

ken werden – wer von der Milch am meisten bekommt, das entscheidet das Ringen um die Verteilung. Doch auch bei diesem Kampf um die Verteilung müsse man bereit sein zu einem Kompromiss, den Gegner das Gesicht wahren lassen. Die schärfste Waffe der Gewerkschaften, der Streik, sollte nur als letztes Mittel eingesetzt werden.“ (Benya 1992, S. 65–66) Das Vorbild Johann Böhm, aber ebenso seine eigenen Erfahrungen aus der Ersten Republik und deren Ende, haben Anton Benyas Vorzug für Verhandlungen und seinen Respekt vor dem Verhandlungspartner geprägt.

Diese Erfahrungen halfen Anton Benya auch bei der ihm 1958 übertragenen Aufgabe, die Verhandlungen mit der Wirt-



September 1958: Anton Benya beim Gewerkschaftstag der Land- und Fortstarbeiter, links von ihm Erwin Altenburger, rechts von ihm Karl Maisel, Johann Böhm und Anton Proksch (Foto: ÖGB/Kammler)

schaftskammer über die Verkürzung der Arbeitszeit zu führen. Der ÖGB forderte bereits in seinem „Aktionsprogramm“ beim 3. ÖGB-Bundeskongress 1955 eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung hin zur 40-Stunden-Woche im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Schaffung eines zeitgemäßen Arbeitsgesetzes. Durch das Kollektivvertragsgesetz von 1947 war es den Gewerkschaften möglich, in einzelnen Branchen die Verkürzung der Arbeitszeit voranzutreiben. So erreichten etwa die Metallarbeiter im Laufe des Jahres 1958 in einzelnen Branchen und Betrieben die 45-Stunden-Woche, z. B. in der Wiener Fahrzeugindustrie, der Erdölindustrie oder bei den Bergarbeitern. Die Bergarbeiter hatten ihrer Forderung mit einem einstündigen Streik im Kohlerevier Köflach Nachdruck verliehen. Anton Benya war bereits in diese Verhandlungen eingebunden, da er durch den Tod des Zentralsekretärs der Metalller, Leo Geiger, im Frühjahr 1958 die Führung der Lohnverhandlungen der Metalller übernommen hatte. Im Herbst 1958 begann er für den ÖGB die Gespräche über einen Generalkollektivvertrag zur 45-Stunden-Woche für alle ArbeitnehmerInnen. Nach harten Verhandlungen mit der Bundeswirtschaftskammer konnte im Jänner 1959 der Generalkollektivvertrag zur Einführung der 45-Stunden-Woche mit Wirkung ab 1. Februar vereinbart werden.

Wenige Monate später, am 13. Mai 1959, starb Johann Böhm. Böhm hatte sich Karl Maisel als Nachfolger gewünscht, dieser



4. ÖGB-Bundeskongress, 21.–25. Sept. 1959: Der neu gewählte ÖGB-Präsident Franz Olah und die Vizepräsidenten Anton Benya und Friedrich Hillegeist (Foto: ÖGB/Kammler)



Juli 1960: Besuch des Ministerpräsidenten der UdSSR Nikita S. Chruschtschow und seiner Frau im ÖGB (Foto: ÖGB)

bereitete aber selber schon den Rückzug aus seinen Funktionen vor. So fiel die Wahl auf Franz Olah, den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und ÖGB-Vizepräsidenten. Anton Benya war für die Nachfolge von Karl Maisel als Vorsitzender der Metall- und Bergarbeiter und ursprünglich auch später für die Nachfolge als Arbeiterkammerpräsident vorgesehen. So wurde Anton Benya im Mai 1959 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter und beim 4. ÖGB-Bundeskongress im September 1959 zum ÖGB-Vizepräsidenten neben dem neuen ÖGB-Präsidenten Franz Olah gewählt. Leitende Sekretäre wurden Erich Hofstetter, Alfred Ströer, Josef Zak und Franz Senghofer, mit denen Anton Benya noch lange während seiner ÖGB-Präsidentschaft zusammenarbeitete.

Franz Olahs ÖGB-Präsidentschaft währte jedoch nur kurz. Mit seinem oft eigenmächtigen Vorgehen ohne Absprachen in den gewerkschaftlichen Gremien und auch innerhalb der SPÖ provozierte er zunehmend Widerstand in den eigenen Reihen. Aber erst die Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern und der Verstoß gegen Parteibeschlüsse zwangen ihn zum Rücktritt als Innenminister und führten 1964 zum Ausschluss sowohl aus dem ÖGB als auch aus der SPÖ. Das Amt des ÖGB-Präsidenten legte er jedoch schon im März 1963 zurück, als er das Amt des Innenministers annahm. So wurde Anton Benya, mittlerweile schon

Vorsitzender der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter und Vorsitzender der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, am 28. März 1963 vom ÖGB-Bundesvorstand mit der Geschäftsführung des ÖGB-Präsidiums betraut.

### Der Metalller Anton Benya



Juni 1962: Anton Benya bei einer Landeskonferenz der Metallarbeiter (Foto: ÖGB/Kammler)

nachgiebiger Verhandler, der genau wusste, wie weit man gehen konnte“ (Protokoll, Gew. Tag GMB 1962, S. 150). Die Metall- und Bergarbeiter bildeten zu diesem Zeitpunkt die größte Gewerkschaft im Österreichischen Gewerkschaftsbund. Gut organisiert und in den Grundstoffbranchen – den „Schrittmachern“ des steigenden Wirtschaftswachstums – tätig, waren sie Vorreiter so mancher lohn-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verbesserungen, die dann oft

Anton Benya war seit seiner Jugend in der Metallarbeitergewerkschaft aktiv, blieb es auch in den Jahren der Illegalität und wurde beim ersten Gewerkschaftstag nach Kriegsende als jüngstes Mitglied in den Zentralvorstand gewählt. Er galt als „geschickter, konsequenter und dennoch konzilianter, aber auch un-

in einen Generalkollektivvertrag oder ein Gesetz für alle ArbeitnehmerInnen mündeten, wie z. B. bei der Arbeitszeitverkürzung.

Am 5. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter vom 25. bis 27. Mai 1959 wurde Anton Benya zum ersten Stellvertreter Karl Maisels gewählt. Drei Jahre später kam es unter der Führung Anton Benyas zum größten Streik in der Zweiten Republik. 1961 zeichnete sich ab, dass die Lohn- und die Preisentwicklung durch steigende Lebenshaltungskosten weit auseinanderklaffen würden. Die Metalller verlangten nach Jahren steigender Produktivität und im Bewusstsein ihrer Leistungen beim Wiederaufbau Anfang des Jahres 1962 entsprechende kollektivvertragliche Änderungen. Zentrale Forderungen waren die Erhöhung der Mindestlöhne um 11 bis 17 Prozent, eine Erhöhung der Ist-Löhne um acht Prozent und die Abschaffung der Frauenlohngruppen, die für Frauen ein Drittel weniger Lohn bei gleichwertiger Arbeit bedeuteten. Weitere sozial- und arbeitsrechtliche Forderungen waren die Einführung einer Abfertigung und die Unterbrechung des Urlaubs durch Krankheit sowie die Abschaffung der unbezahlten Krankenstandstage und der Entlassung nach 28 Tagen Krankheit.

Besonders vehement wurden von der Arbeitgeberseite die Erhöhung der Ist-Löhne und die Verhandlungen über die Beseitigung der ungleichen Entlohnung von

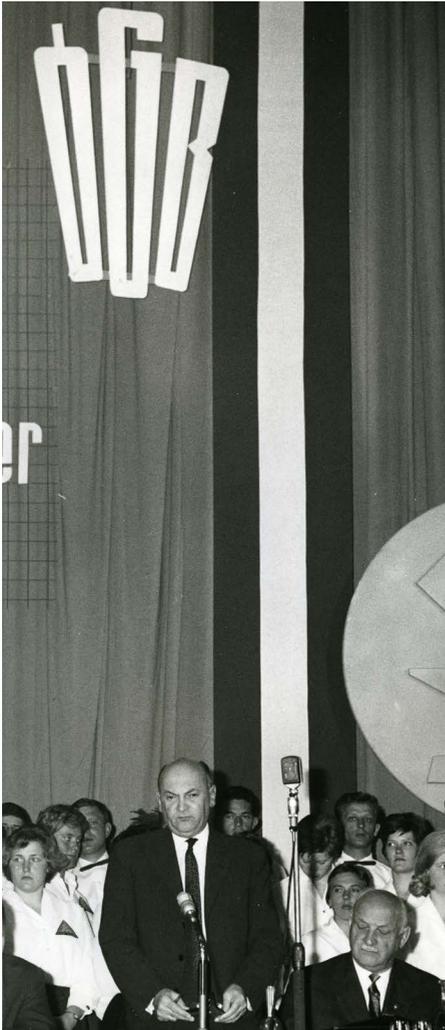


Mai 1962: Streikposten beim Werkstor der Wiener Schwachstromwerke Fa. Siemens & Halske (Foto: ÖGB)

Frauen abgelehnt. Angesichts der Verzögerungstaktik der Arbeitgeber und ergebnisloser Treffen präsentierte Anton Benya seinem Verhandlungsgegenüber schließlich die nächsten Schritte: „Meine Herren, wenn das so ist, fangen wir am Mittwoch zu streiken an. Die Hüttenbetriebe laufen am Montag nicht mehr, am Samstag und Sonntag werden die Hochöfen eingedämmt und am Montag ist Schluss.“ (Benya 1992, S. 72) Nach einer großen Betriebsrätekonferenz in Wien mit mehr als 1.000 Betriebsrätinnen und Betriebsräten streikten insgesamt 200.000 Beschäftigte von 9. bis 12. Mai 1962 in verschiedenen Zweigen der Metallbranche.

Bereits am ersten Streiktag kam es unter der Verhandlungsführung Anton Benyas zu einer Einigung im Metallgewerbe, am 11. Mai bei den Berg- und Hüttenwerken und am 4. Streiktag auch in der Metallindustrie. Neben einer Erhöhung der Mindestlöhne um 11 bzw. 8 bis 13 Prozent, einer Ist-Lohnerhöhung von 5 bzw. 5,5 Prozent und anderen arbeitsrechtlichen Verbesserungen stellte vor allem die Beseitigung der Frauenlohnggruppen einen großen Erfolg dieser Streikbewegung dar.

Obwohl Anton Benya in diesem Fall auf Streik setzte, war er grundsätzlich kein Verfechter einer „Gewaltpolitik“ der Gewerkschaften, wie er es nannte. Es sollte immer auch die Gesamtwirtschaft im Auge behalten werden, jedoch nicht um jeden Preis. „Wenn es sein muss, kämpfen wir, aber nicht um des Kampfes, sondern um des Erfolges willen.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1963, S. 439) In späteren Jahren beschrieb er die Politik der Gewerkschaften und des ÖGB folgendermaßen: „Keine Ho-ruck-Politik, keine Blitzsiege, keine Niederwerfung des Gegners, sondern langsame, systematische Anpassung, Schritt für Schritt, Stein für Stein ausbrechend von der Mauer des konservativen Beharrens.“ (Benya 1992, S. 73–74) Eine Strategie, die er sowohl als ÖGB-Präsident als auch als Vorsitzender der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter verfolgte. Am 6. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter vom 24. bis 26. Mai 1962 wurde Anton



Mai 1962: 6. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter: Anton Benya wird Vorsitzender, rechts der scheidende Vorsitzende Karl Maisel (Foto: ÖGB)

Benya als Nachfolger von Karl Maisel zum Vorsitzenden gewählt. Er bekleidete diese Funktion bis 1977.

Anton Benya prägte die Lohnpolitik der Gewerkschaften von 1959 bis 1987 maßgeblich. Lohnverhandlungen im Wege einer koordinierten und solidarischen Lohnpolitik als Richtschnur sollten auch schlecht entlohten bzw. schwach organisierten ArbeitnehmerInnengruppen einen entsprechenden Zuwachs bringen. Für die Höhe des Abschlusses war dabei nach der Abgeltung der Inflation die Orientierung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung (jährliche Mehrleistung) ausschlaggebend. Diese Grundüberlegung ging später als „Benya-Formel“ in den Sprachgebrauch ein:

**„Benya-Formel“:**

Lohnerhöhung = Abgeltung der Inflation  
+ Anteil am Produktivitätszuwachs

**Der ÖGB-Präsident Anton Benya**

Am 5. ÖGB-Bundeskongress vom 23. bis 27. September 1963 wurde Anton Benya zum ÖGB-Präsidenten gewählt. Er baute in seiner langen Präsidentschaft das Werk Johann Böhms aus und festigte es. Anton Benyas unprätentiöse Art und sein Verständnis für die Funktion hatten durchaus Ähnlichkeiten zur persönlichen Haltung Johann Böhms, der sich einmal als „Diener

dieses Gewerkschaftsbundes“ bezeichnet hatte. Der ÖGB-Präsident Benya verstand sich als Vertreter der österreichischen ArbeitnehmerInnen, für die er mit den RepräsentantInnen verschiedenster Interessensgruppen, insbesondere der Wirtschaft und der Regierung, auf dem Verhandlungswege eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpfte. Das brachte ihm in den Medien die Bezeichnung „Betriebsrat der Nation“ und „Erster Vertrauensmann“ ein.

Das Motto des 5. ÖGB-Bundeskongresses „Mehr mitbestimmen! Sozialprodukt vergrößern! Gerechten Anteil sichern!“ bringt die Zielrichtung von Anton Benyas Politik



5. ÖGB-Bundeskongress, 23.–27. September 1963: Wahl zum Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, rechts von ihm ÖGB-Vizepräsident Rudolf Häuser (Foto: ÖGB/Kammler)

der folgenden Jahre auf den Punkt. In seinem Antrittsreferat bezog er sich auf das bereits beim 4. ÖGB-Kongress 1959 beschlossene Konzept „Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik“, das unter seiner und Fritz Klenner's Ägide mit jungen Kolleginnen und Kollegen, den damals „jungen Wilden“ im ÖGB wie Dr. Heinz Kienzl, Alfred Ströer, Paul Blau, Rosa Weber, Dr. Gerhard Weißenberg u. a., ausgearbeitet worden war. Ein wesentliches darin formuliertes Anliegen war der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie sowohl auf überbetrieblicher als auch auf betrieblicher Ebene durch Mitbestimmung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte.

Weitere zentrale Ziele des Konzeptes waren die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums, der Grundsatz der Einkommensgerechtigkeit und der solidarischen Lohnpolitik sowie die Vollbeschäftigung. Durch langfristige Wirtschaftskonzepte (Wirtschaftsplanung) sollte das Sozialprodukt gesteigert werden, um den Lebensstandard und die soziale Sicherung der ArbeiterInnen und Angestellten zu erhöhen. Für die verstaatlichte Industrie wurde eine tiefgreifende strukturelle Reform verlangt, damit sie sich in einem künftigen gemeinsamen Europa behaupten könne. Zur Erreichung bzw. Erhaltung der Vollbeschäftigung wurde neben dem Instrument der Wirtschaftsplanung ein von Schweden entlehntes Konzept der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefordert. Es enthielt Übersiedlungs-

und Umschulungsbeihilfen, Maßnahmen zur Reduzierung der saisonalen Arbeitslosigkeit, sowie die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Indirekt damit verbunden waren Forderungen nach entsprechender Berufsqualifizierung und einem Berufsausbildungsgesetz. Schließlich wurden eine Verlängerung der Schulpflicht, eine Schul- und Erziehungsreform sowie ein unentgeltliches Studium an allen Schulen verlangt. Das Arbeitsrecht sollte vereinheitlicht, die Arbeitszeit entsprechend der wirtschaftlichen Möglichkeiten verkürzt und



1963: das neu gewählte Präsidium, v.l. im Uhrzeigersinn: Obmann der Kontrollkommission und Geschäftsführer des ÖGB-Verlages Fritz Klenner, Bildungsreferent Franz Senghofer, Leitender Sekretär für Organisation, Wirtschafts- und Sozialpolitik Erich Hofstätter, Vize-Präsident Erwin Alternburger, Präsident Anton Benya, Vize-Präsident Karl Flöttl, Vize-Präsident Ing. Rudolf Häuser, Finanzreferent Josef Zak, Leitender Sekretär für Information und Internationale Beziehungen Alfred Ströer (Foto: ÖGB/Makart)

die Rechte der Arbeiter und Angestellten angeglichen werden. Im Bereich der Sozialpolitik gehörten die Wertsicherung der Pensionen (Pensionsdynamik), der Ausbau der Krankenversicherung, die verfassungsmäßige Verankerung eines „Rechts auf Arbeit“ und des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ zu den dringenden Forderungen.

Schon in den ersten Jahren der Präsidentschaft von Anton Benya konnten einige dieser Vorhaben umgesetzt werden:

- 1965 Beschluss der Pensionsdynamik
- 1967 Bundespersonalvertretungsgesetz, das die betriebliche Mitbestimmung auf den Bundesdienst ausweitete;
- 1968 Arbeitsmarktförderungsgesetz, mit dem u. a. die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung zur aktiven Arbeitsmarktpolitik verpflichtet wurden;
- 1969 Berufsausbildungsgesetz, in dem erstmals die Lehrberufe samt Ausbildungsvorschriften taxativ aufgelistet waren.

### *Arbeitszeitverkürzung*

Ein bedeutender Erfolg Anton Benyas war die 1969 erreichte schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche. Bereits bei seiner Wahl zum ÖGB-Präsidenten im Jahr 1963 forderte er die etappenweise Einführung der 40-Stunden-Woche durch ein modernes Arbeitszeitgesetz (bis zu diesem Zeitpunkt galt rechtlich immer noch die reichs-



September 1969: Anton Benya und Rudolf Sallinger unterzeichnen den Generalkollektivvertrag über die etappenweise Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 40 Wochenstunden (Foto: ÖGB/Basch)

deutsche Arbeitszeitordnung aus dem Jahr 1938 mit der festgelegten 48-Stunden-Woche). Die zunehmend höhere Arbeitsbelastung durch Rationalisierungen und gestiegenem Arbeitstempo sollte durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen werden. Obwohl von gewerkschaftlicher Seite auch in diesem Fall die wirtschaftliche Verträglichkeit mitgedacht wurde, gab es heftigen Widerstand aus der Wirtschaft. 1968 beauftragten die Sozialpartner den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen mit der Erstellung einer Studie über die zu erwartenden Auswirkungen. Die Ankündigung der SPÖ, im Mai 1969 ein Volksbegehren über die Arbeitszeitverkürzung durchzuführen, sorgte für großen Unmut bei den Unternehmervertretungen. Trotzdem wurden im März 1969 die Verhandlungen mit den Sozialpartnern über einen Generalkollektivvertrag zur Arbeitszeitver-

kürzung begonnen. Unterstützt durch das Volksbegehren mit rund 890.000 Unterschriften konnte noch im September desselben Jahres der Generalkollektivvertrag über die etappenweise Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 40 Wochenstunden abgeschlossen werden. Als Zeitraum für die Senkung der Arbeitszeit wurde 1970 bis 1975 festgelegt.

Am 11. Dezember 1969 wurde dann auch das lange geforderte Arbeitszeitgesetz beschlossen. Weitere Arbeitszeitverkürzungen wurden später via Kollektivverträge abgeschlossen. 1985 gab es den ersten Kollektivvertrag zur 38,5-Stunden-Woche. Ein einheitliches Urlaubsrecht, das für ArbeiterInnen und Angestellte eine Gleichstellung, die Einführung einer Pflegefreistellung und die Verlängerung des Urlaubs um eine Woche beinhaltete, wurde 1976 erreicht.

Ab 1977 galten vier Wochen Mindesturlaub und ab 1986 schließlich fünf Wochen.

### *Eigenständigkeit und die Einheitlichkeit des ÖGB*

1966 endete die mehr als 20-jährige ÖVP/SPÖ-Koalitionsregierung nach dem Krieg. Als unter der ÖVP-Alleinregierung zu befürchten war, dass der ÖGB seine Mitgestaltungsmöglichkeiten verlieren könnte, trat Anton Benya beim 6. ÖGB-Bundeskongress 1967 vehement dafür ein, alle Kraft aufzuwenden, um auch unter geänderten Verhältnissen Einfluss auf die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Fragen und vor allem auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung zu nehmen. Und er definierte einen Grundsatz des ÖGB: „Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist eine durchaus eigenständige Kraft in unserem Lande. Als freie Gewerkschafter sind wir unabhängig vom Staate, von den Unternehmern und von den politischen Parteien. Eine in den Statuten verankerte Hauptaufgabe ist es, unsere ganze Kraft einzusetzen, um den Lebensstandard der Arbeitnehmer unseres Landes zu verbessern. Der Österreichische Gewerkschaftsbund – das möchte ich feststellen – ist weder eine Oppositionspartei noch ein Teil des Staats- und Verwaltungsapparates. Unsere Aufgabe ist es weder, aus grundsätzlichen Erwägungen der Regierung Schwierigkeiten zu machen, noch ihr regieren zu helfen. Unsere Einstellung gegenüber der Regierung hängt davon ab, in welchem Maße diese den berechtigten

Wünschen, Anliegen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer entspricht.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1967, S. 376)



6. ÖGB-Bundeskongress 1967: Anton Benya und die drei ÖGB-Vizepräsidenten, v.l.n.r.: Hans Böck, Rudolf Häuser und Erwin Altenburger (Foto: ÖGB)

Diese Haltung ermöglichte in der Periode der ÖVP-Alleinregierung und der späteren SPÖ-Alleinregierungen von 1971 bis 1983 eine weitgehend funktionierende Zusammenarbeit auf der Sozialpartnerebene und die Umsetzung wichtiger gewerkschaftlicher Forderungen. Anton Benyas Prinzip der Sachorientierung und sein Bemühen, trotz Differenzen zu einer Lösung zu finden, bewährte sich nicht nur auf der politischen und sozialpartnerschaftlichen Ebene, sondern auch innerhalb des ÖGB.

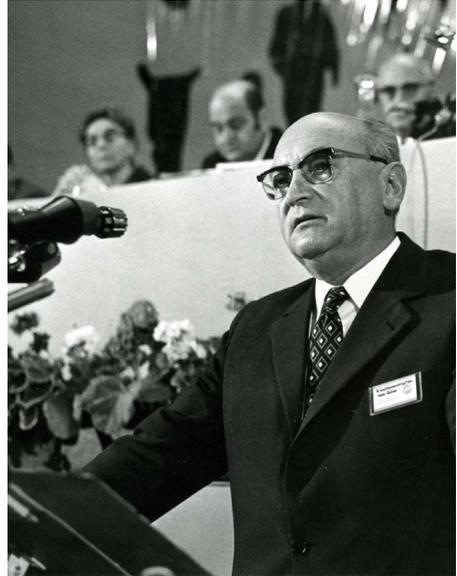
Die Erhaltung eines einheitlichen, überparteilichen Gewerkschaftsbundes war Anton Benya ein überaus wichtiges Anliegen. Er sah darin eine Stärke. Bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft hatte er im Zuge der „Affäre Olah“ eine ernsthafte Krise zu

bewältigen, bei der die Spaltung des ÖGB drohte. Anton Benya erzählte in einem Interview der Zeitschrift *Arbeit&Wirtschaft* im Jahr 1987: „In der kritischen Zeit habe ich Franz Olah einmal gesagt, daß die Gewerkschaften fest zum Gewerkschaftsbund halten. Jenen aber, die trotzdem mit einer Spaltung liebäugeln, wurde unmißverständlich dargelegt: Wenn sich eine Gewerkschaft vom ÖGB abspaltet, dann werden die Angestellten abgefertigt und die Häuser, die ja Eigentum des ÖGB sind, verschlossen, bis wir eine neue Organisation haben.“ (A&W 10/1987) Die Drohung zeigte Wirkung. Anton Benyas Vermittlungsgeschick bewährte sich auch bei Organisationsdifferenzen, vor allem zwischen den beiden großen Gewerkschaften der Privatangestellten und der Metaller, sowie bei Fraktionsdifferenzen.

### 1970er-Jahre

Mit dem Regierungsantritt der SPÖ unter Bruno Kreisky 1970 wurde Österreich zu einem modernen Sozialstaat ausgebaut. Anton Benya, der ÖGB und die Gewerkschaften hatten wesentlichen Anteil daran.

Wie umfassend Anton Benya die gewerkschaftliche Arbeit dachte, zeigt ein Beitrag beim 7. ÖGB-Bundeskongress 1971: „Wenn man vom Lebensstandard spricht, dann darf man nicht nur die Lohn- und Preisentwicklung vor Augen haben, denn bekanntlich hängt der Lebensstandard oder, wie man heute häufiger sagt, das Lebensniveau



Mit starken Gewerkschaften in die 70er-Jahre. Anton Benya beim 7. ÖGB-Bundeskongress 1971 (Foto: ÖGB)

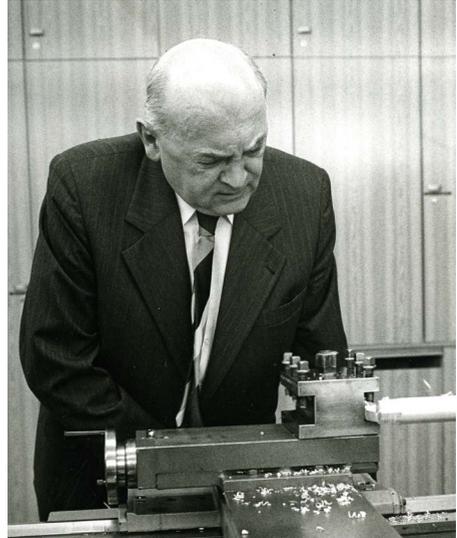
der Arbeitnehmer nicht nur vom Lohneinkommen ab, sondern auch von den sogenannten Gemeinschaftsleistungen, also den Leistungen der Sozialeinrichtungen, wie Krankenkassen, medizinische Versorgung, Altersheime, Kindergärten, Schulen, und ebenso auch von den anderen, für den Lebensstandard wichtigen Gemeinschaftsleistungen, wie Schaffung und Erhaltung von Erholungsgebieten, Sicherung einer die Gesundheit nicht schädigenden Umwelt und das Angebot kultureller Leistungen ... Wir bewegen uns in Wirklichkeit auf beiden Gebieten vorwärts: Wir erhöhen

unsere Einkommen und verbessern die Sozial-, die Gemeinschaftsleistungen.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1971, S. 300–301) Dazu gehörte auch die Entwicklung der Infrastruktur, wie öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Abfallbeseitigung etc. So war Anton Benya die Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Bereiche ein wichtiges Anliegen und er vertrat die Ansicht, diese könne man nicht „dem Zufall oder dem Marktmechanismus überlassen, wie man da und dort meint. Diese Entwicklung muß geplant werden.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1971, S. 302)

### *Humanisierung der Arbeitswelt*

Die Schaffung einer menschengerechten Arbeitswelt unter dem Schlagwort der „Humanisierung der Arbeitswelt“ war ein wesentlicher Schwerpunkt der Gewerkschaftspolitik der 1970er-Jahre. Arbeit sollte nicht krank machen, die Technik an die Menschen angepasst werden und die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte den arbeitenden Menschen zugute kommen. Auf gesetzlicher Ebene wurde 1972 das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz beschlossen und 1974 das Arbeitsinspektionsgesetz um die Kontrolle der ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen erweitert.

Im ÖGB wurden die Aktivitäten im Bereich des Referates für Arbeitstechnik und Arbeitswissenschaft ausgebaut und 1975 wurde durch einen Zubau zum Anton-Hueber-Schulungshaus in der Nähe von Wien ein ar-



Anton Benya im arbeitswissenschaftlichen Zentrum des ÖGB (Foto: ÖGB/Cerny)

beitswissenschaftliches Zentrum eröffnet. Es verfügte über eine Lehrwerkstätte und über moderne Ausrüstung für Arbeitstechnik- und Ergonomiekurse. Im selben Jahr wurde in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Arbeitsmedizin mit der verstärkten Ausbildung von Betriebsärztinnen und -ärzten sowie ArbeitsmedizinerInnen begonnen. 1976 arbeiteten erstmalig VertreterInnen des ÖGB, der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer Wien bei der Planung und Realisierung von ergonomisch gestalteten Industrie- und Verwaltungsgebäuden mit VertreterInnen der Unternehmen, Baufirmen und ExpertInnen der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zusammen.



Anton Benya im Gespräch mit Arbeitern ...



... mit Arbeiterinnen ...



... und mit Lehrlingen (Fotos: ÖGB)

### *Mitbestimmung im Betrieb*

Für Anton Benya war die Mitbestimmung im Sinne einer Demokratisierung der Gesellschaft und der Arbeitswelt von zentraler Bedeutung. In einem Vortrag über Fra-

gen der Mitbestimmung im Oktober 1970 meinte er, dass es nicht um „Enteignung“ gehe, wie manchmal unterstellt werde, sondern: „Wir wollen die Wirtschaft, die für alle Staatsbürger die Basis ihres Lebens-

standards ist, demokratisieren, das heißt, den Arbeitnehmern, die in den Betrieben und Büros dieser Wirtschaft tätig sind und von dieser Wirtschaft leben, solle eben mehr Einflussmöglichkeit gegeben werden.“ (Klenner 1979, S. 2177–2178) Er betonte, dass Mitbestimmung aber auch Mitverantwortung bedeute.

1972 wurde das Jugendvertrauensrätegesetz durchgesetzt, womit auch jugendliche ArbeitnehmerInnen Mitbestimmungsrechte in den Betrieben erhielten. Anton Benya ermunterte die Gewerkschaftsjugend, für ihre Interessen selbst einzutreten. Mit der Erarbeitung eines Gesetzesvorschlages und einer Unterschriftenaktion wurde dieses Gesetz ein Erfolg der ÖGB-Jugendabteilung.

Es folgte ein Meilenstein sowohl auf arbeitsrechtlichem Gebiet als auch auf der Ebene der betrieblichen Mitbestimmung: Das im Dezember 1973 beschlossene Arbeitsverfassungsgesetz bedeutete die Umsetzung langjähriger gewerkschaftlicher Forderungen. Bereits Sozialminister Anton Proksch hatte 1958 mit der Erarbeitung eines ersten Vorschlages begonnen, der nach massivem Widerstand vonseiten der Wirtschaft zurückgestellt werden musste. Das Zustandekommen des Gesetzes im Jahr 1973 war ein wesentliches Verdienst des damaligen Sozialministers und Vorsitzenden der Gewerkschaft der Privatgestellten Rudolf Häuser.

In dieser Arbeitsverfassung waren die Regelungen für überbetriebliche Abkommen wie Kollektivvertrag, Lehrlingsentschädigung und Betriebsvereinbarung, die betriebliche Mitbestimmung (Betriebsverfassung) sowie die damals noch zu schaffende Sozialgerichtsbarkeit festgelegt. Auf dem Gebiet der betrieblichen Mitbestimmung konnten die Befugnisse von Betriebsrätinnen und Betriebsräten für personelle, soziale und wirtschaftliche Belange im Betrieb beträchtlich ausgeweitet und teilweise neue Rechte geschaffen werden. Zu den grundlegenden Veränderungen gehörten das Informationsrecht sowie die Mitsprache von Betriebsrätinnen und Betriebsräten bei betrieblichen Angelegenheiten, z. B. in der Personalpolitik, und die Entsendung von BetriebsrätInnen in den Aufsichtsrat. Auch das Zugangsrecht von Gewerkschaften und Arbeiterkammern wurde in diesem Gesetz geregelt.

Aufgrund der nun erweiterten Mitbestimmungsrechte musste die Ausbildung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie PersonalvertreterInnen intensiviert werden. Das erfolgte durch die Einführung eines systematisierten Schulungsprogrammes des ÖGB und der Gewerkschaften sowie den Aufbau einer gemeinsamen Skriptenbank von ÖGB und AK Wien, die zugleich als Unterlagensammlung für Fernlehrgänge galt. Darüber hinaus wurde die Ausbildung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte für ihre neue Aufgabe in den Auf-

sichtsräten in Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitsverfassung und Mitbestimmung ausgeweitet.

### *Fachkräftequalifizierung*

Anton Benya setzte sich sehr für die Fachkräftequalifizierung ein. Er hatte selbst als Facharbeiter Wertschätzung und Selbstbewusstsein aus seiner beruflichen Tätigkeit erfahren und wusste, wie viel Wissen und Können in qualifizierter Facharbeit steckt. Bei seinen zahlreichen Betriebsbesuchen als ÖGB-Präsident war er nicht nur ein aufmerksamer Gesprächspartner für Belegschaft und Geschäftsleitung, sondern auch ein überaus interessierter Beobachter von Maschinen, Arbeitsabläufen und Fertigkeiten der MitarbeiterInnen.

Viele Leistungen für eine Gesellschaft erforderten manuelle Facharbeit, nur habe diese leider ein niedriges Sozialprestige im Gegensatz zu sogenannten „Bildungsberufen“, stellte Anton Benya fest. (ÖGB 1977)



1982: Betriebsbesuch bei Philips (Foto: ÖGB)



1981: Betriebsbesuch bei Felten und Guillaume (Foto: ÖGB/Kammler)

Anlässlich seines 60. Geburtstages im Jahr 1972 gründeten der ÖGB, der Arbeiterkammertag, die BAWAG und die Fachgewerkschaften den „Anton-Benya-Stiftungsfonds zur Förderung der Facharbeit“. Um den Wert und die Bedeutung der Facharbeit in der Gesellschaft zu heben, werden seit damals außergewöhnliche Leistungen von Lehrlingen, Fachkräften, einzelnen ArbeitnehmerInnen oder Gruppen mit dem Preis bedacht. Unterstützung erhalten auch wissenschaftliche Untersuchungen über das gesellschaftliche Ansehen der manuellen Arbeit sowie fallweise publizistische oder künstlerische Arbeiten, die das Ansehen der Facharbeit fördern. Der bis heute ver-

liehene Preis feierte im Oktober 2012 sein 40-jähriges Bestehen. Aber nicht nur die Facharbeit, sondern auch die berufliche (Weiter-)Bildung war Anton Benya ein großes Anliegen. Er erkannte schon sehr früh, dass sich im Zuge technischer und gesellschaftlicher Entwicklungen die Qualifizierungsanforderungen in der Arbeitswelt ändern würden und setzte sich für berufliche Aus-, Weiter- und Umschulungsmaßnahmen ein. In seiner Amtszeit wurde das Berufsbildungsinstitut (bfi) von ÖGB und AK wesentlich weiter ausgebaut.



Oktober 2000: Anton Benya mit den Stiftungsfonds-PreisträgerInnen des Ausbilderforums Tirol (Foto: ÖGB/Korp)

### *ÖGB und Kirche*

Einen Akt der Verständigung setzte Anton Benya mit seiner Einladung des Wiener Erzbischofs, Kardinal Franz König, zu einer Sitzung des ÖGB-Bundesvorstandes am 27. Februar 1972. Die Einladung erfolgte inmitten der Debatte um die von der SPÖ befürwortete Einführung der „Fristenlö-

sung“, der straffreien Abtreibung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat, wogegen die katholische Kirche und ihr angeschlossene Verbände heftig opponierten. Schon Jahre zuvor hatte es Annäherungen zwischen ÖGB und katholischer Kirche gegeben, insbesondere nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1965), bei dem das Mitbestimmungsrecht der ArbeitnehmerInnen und auch das Recht auf Streik bejaht wurde. Besonders gewürdigt wurde nach dem Konzil Kardinal König, dem der ÖGB einen wesentlichen Anteil an den Ergebnissen des Konzils zusprach und der auch die Jahre zuvor von sich aus Kontakt mit den Gewerkschaften, Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie ArbeitnehmerInnen gesucht hatte. Kardinal König stellte in seiner Rede vor dem ÖGB-Bundesvorstand den „Dienst“ an den Menschen als gemeinsame Basis von Gewerkschaften und Kirche in den Mittelpunkt. In Hinblick auf die gegensätzliche Meinung in der Frage der Fristenlösung sagte Anton Benya in seiner Rede: „Das Gespräch und das Bemühen um eine Verständigung darf nie abreißen, auch bei Anerkennung einer Mehrheitsentscheidung der zu dieser Entscheidung berufenen demokratischen Körperschaft.“ (Dokumentation unserer Zeit 1975) Beide Reden wurden drei Jahre später sogar als Schallplatte unter dem Titel „Die gemeinsame Basis ist der Mensch“ herausgegeben.

Die Fristenlösung wurde Ende November 1973 beschlossen. Allerdings musste,



Die Rede von Kardinal König vor dem ÖGB-Bundesvorstand 1972 wurde damals als eine „der politisch, aber auch menschlich bedeutendsten Reden der Gegenwart bezeichnet“, in der er den ‚Dienst‘ an den Menschen als gemeinsame Basis von Gewerkschaften und Kirche in den Mittelpunkt stellte. (ÖGB-Pressearchiv)

nach einem im Jahr 1975 durchgeführten Volksbegehren, das Gesetz 1977 noch einmal im Parlament behandelt werden. Vor dieser Behandlung im Parlament schickte eine Teilorganisation der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien Anton Benya einen Beschluss, in dem sie bei weiterem Festhalten der Sozialistischen Partei an der Fristenlösung eine Mitarbeit von Katholiken in der SPÖ oder auch ihre Wahl aus „moralischen und ethischen Gründen“ für ausgeschlossen hielt. Nachdem mit dieser Gruppe keine Verständigung möglich war, trat Anton Benya im Jahr 1977 aus der katholischen Kirche aus. Die Gesprächsbasis zwischen ihm und Kardinal König und auch zwischen den beiden Organisationen blieb dennoch bestehen.

### *Internationale Politik*

Seit der Gründung des ÖGB waren die österreichischen GewerkschafterInnen in internationalen Gewerkschaftsvereinigungen vertreten und aktiv. Zunächst im Weltgewerkschaftsbund (WGB) und, als dieser zu sehr von kommunistischen Organisationen dominiert wurde, ab 1949 im neu gegründeten Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG). Der ÖGB hielt aber auch immer Kontakt zu den kommunistischen Gewerkschaften (bis 1956 inoffiziell) und organisierte Kontakte zwischen westlichen und osteuropäischen Gewerkschaften. Eine erste Aufgabe im Bereich der internationalen Gewerkschaftsarbeit bekam Anton Benya noch in seiner Funktion als ÖGB-Generalsekretär-Stellvertreter im Juli 1957 beim 5. IBFG-Weltkongress in Tunis, wo er zum Rechnungsprüfer des IBFG bestellt wurde. Diese Funktion hatte er bis 1965 inne und sie bot ihm die Möglichkeit internationaler Kontakte und Reisen.

Bereits im November 1957 reiste Anton Benya mit einer österreichischen Gewerkschaftsdelegation für vierzehn Tage in die Sowjetunion, und es folgten viele weitere Reisen zu Tagungen. Auch in seiner Funktion als ÖGB-Präsident besuchte er zahlreiche Länder innerhalb Europas sowie Israel, die Sowjetunion und die USA. Noch im ersten Jahr seiner Präsidentschaft unternahm er im Sommer 1964 eine vierwöchige Studienreise in die USA. Anton Benya war



1963: Anton Benya begrüßt junge Afrikanerinnen, die über Initiative des ÖGB nach Österreich kamen, um in der Schwesternschule der Stadt Wien als Krankenpflegerinnen ausgebildet zu werden (Foto: ÖGB/Kammler)

ein ständig Lernender und nahm auch so manche Anregung von seinen Auslandsaufenthalten mit. Sein Wegbegleiter, Heinz Kienzl, berichtet, dass Anton Benya und seine Kollegen die Idee der Meinungsforschung und des Konsumentenschutzes aus den USA mitbrachten. So wurde während der Präsidentschaft Anton Benyas der Verein für Konsumentenschutz weiter ausgebaut, und mit der Verabschiedung eines Konsumentenschutzgesetzes im Jahr 1979 wurden viele vom ÖGB geforderte Maßnahmen zum Schutz von KonsumentInnen zu einem Rechtsanspruch.

Die Verbindung zum Israelischen Gewerkschaftsbund HISTRATUT war Anton Benya laut Heinz Kienzl „eine Herzensangelegenheit“ (Jahrbuch des ÖGB 2003, S. 54). Er reiste mehrmals nach Israel, wo viele Kollegen aus seiner illegalen Gewerkschafts- und Parteitätigkeit lebten.

In Kontakten mit osteuropäischen Gewerkschaften warb Anton Benya intensiv für die Idee einer freien Gewerkschaftsbewegung. Wie ernst ihm Freiheit und Demokratie waren, zeigt die Reaktion auf den Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei im August 1968. Der ÖGB organisierte eine fünf Minuten dauernde Arbeitsruhe in den Betrieben als Sympathiekundgebung für die tschechoslowakische Bevölkerung und Anton Benya hielt eine Rundfunkansprache, in der er u. a. sagte: „Der ÖGB schließt sich der Meinung der freien Welt an, daß gewaltsame Besetzungen friedlicher Länder kein Mittel der Politik sein dürfen. Jedes Land muß das Recht haben, seine Geschichte selber zu bestimmen. Jedes Volk muß das Recht haben, seine Vertreter frei zu wählen, seine Meinung frei zu sagen und auszudrücken. Daher müssen in diesen Tagen alle, die bereit sind, Freiheit und

Demokratie als höchste Güter anzusehen, zeigen, wie sehr ihnen der Fortbestand eines freien Volkes am Herzen liegt.“ (Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, 31. 8. 1968, S. 1) Aus Protest unterbrach der ÖGB für einige Zeit die bis dahin freundschaftlichen Verbindungen zu den Gewerkschaften der Länder des Warschauer Paktes und machte auch bereits ausgesprochene Einladungen rückgängig. Zusätzlich beteiligte sich der ÖGB sogleich an Hilfsmaßnahmen für tschechoslowakische UrlauberInnen und Flüchtlinge.

Ab den 1950er-Jahren engagierte sich der ÖGB auch in den nach und nach entstehenden europäischen Gewerkschaftsorganisationen, insbesondere im europäischen Regionalausschuss des IBFG und ab 1968 im gemeinschaftlichen Sekretariat der EFTA-Länder (Europäische Freihandelsassoziation), zu denen Österreich seit 1960 gehörte. Anton Benya war ein Befürworter eines großen europäischen Wirtschaftsraumes und leistete letztlich durch seinen Einfluss auf die österreichische Wirtschaft und vor allem durch sein Eintreten für eine österreichische Hartwährungspolitik einen Beitrag zur Schaffung der Voraussetzungen für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Ein Ziel war für ihn jedoch, einem „Europa der Konzerne“ ein „soziales Europa“ entgegenzusetzen. Im 1973 gegründeten „Europäischen Gewerkschaftsbund“ (EGB) ist der ÖGB bis heute vertreten.

## Altpräsident Benya:

„Vollbeschäftigung muß wieder Vorrang bekommen. Dafür werden wir in der Europäischen Union eintreten. Das ist auch für Pensionisten wichtig. Nur wenn viele Beschäftigte Pensionsbeiträge einzahlen, können auch die Leistungen für die Pensionisten gesichert werden.“



EU-Volksabstimmung 1994: Der Pensionist Anton Benya wirbt für den Beitritt Österreichs zur EU (ÖGB-Pressearchiv)

### *Schwierige 1980er-Jahre Die Verstaatlichte*

Eine zentrale Rolle spielte für Anton Benya der verstaatlichte Sektor, der beinahe den gesamten Energie- und Grundstoffsektor abdeckte und dem somit als Grundlage der österreichischen Volkswirtschaft besonde-

res Augenmerk zu schenken war. Anton Benya waren der wirtschaftliche Erfolg, die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs große Anliegen und er setzte sich immer sehr intensiv mit etwaigen Schwächen und Möglichkeiten zur Verbesserung auseinander. Schon Anfang der 1970er-Jahre forderte er eine zweite Industrialisierungswelle und eine weitere Reorganisation der Verstaatlichten, um mit ausländischen Betrieben konkurrieren zu können und einen Ausverkauf der österreichischen Betriebe zu verhindern. Anton Benya vor dem ÖGB-Bundesvorstand im Jänner 1970: „Wir müssen ja mit den internationalen Konzernen auf den Gebieten der Produktion, des Verkaufs, der Forschung und der Finanzierung zusammenarbeiten; wohlgemerkt, zusammenarbeiten, aber nicht verschluckt werden. Die beste Abwehrmaßnahme gegen das Verschlucktwerden ist aber, groß und stark zu sein. Dann wird man nämlich nicht als ein



Betriebsbesuch bei Steyr Puch (Foto: ÖGB)



Anton Benya mit dem Zentralbetriebsratsvorsitzenden der VOEST Franz Ruhaltinger (Foto: Heimerl)

Körnchen betrachtet, das man bei guter Gelegenheit aufpickt, sondern als ein ernst zu nehmender Partner.“ (Benya 1970, S. 19)

Kurz zuvor hatte der ÖGB mit den Gewerkschaften, begleitet von Belegschaftsprotesten in den verstaatlichten Betrieben, einen Gesetzesentwurf verhindert, der Privatisierungen durch die Österreichische Industrieverwaltungsgesellschaft (ÖIG, ab 1970 ÖIAG) ohne Mitsprache der Volksvertretungen ermöglicht hätte. Danach war dies nur mehr mit zwei Drittel der Aufsichtsratsmitglieder der ÖIG und der Mehrheit des Hauptausschusses des Nationalrates durchführbar. Eine Strukturreform erwies sich dennoch als nötig. Zwischen 1970 und 1975 kam es im Bereich der Verstaatlichten zu den größten Konzentrationen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die Konzentration in der Stahlindustrie stieß

zunächst auf Widerstand bei den Belegschaften. Anton Benya sah diese aber als wirtschaftliche Notwendigkeit und vertrat das auch in zahlreichen Belegschaftsversammlungen.

In der nichtverstaatlichten Industrie ging mit dem Einbruch der Nachfrage auf dem Stahlmarkt ab Mitte der 1970er in Europa ein massiver Personalabbau einher. Für Anton Benya war die Erhaltung bzw. Erreichung der Vollbeschäftigung als Grundlage für ein würdiges Leben und sozialen Frieden vorrangig. Die verstaatlichte Industrie in Österreich war für den ÖGB und die SPÖ ein Ansatzpunkt unter mehreren, die Vollbeschäftigung trotz Krise zu erhalten. Bis 1980 konnten die Produktivität der Verstaatlichten gehalten und teilweise Verluste durch Gewinne in anderen Segmenten ausgeglichen werden. Danach waren die Reserven aufgebraucht, und trotz hoher staatlicher Subventionen über mehrere Jahre hinweg blieb sie in Summe defizitär. Ab 1986 wurde mit einer schrittweisen Privatisierung begonnen.

Anton Benya gab im Nachhinein zu, dass viele Reformen schon früher durchgeführt hätten werden sollen, dass die Gespräche mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten über Einsparungen schwierig waren und schließlich die Rechnung, dass die gesamtwirtschaftliche Krise wieder enden würde, nicht aufging. Aber es ärgerte ihn, dass über die Erfolge nicht geredet wur-

de: „Schließlich gab es einen Aufschwung vom Jahre 1970 an, in die Schwierigkeiten sind wir erst 1982 gekommen. Also, wenn jetzt die Politiker schuld sind, wer war dann schuld, dass es aufwärts gegangen ist? Ist das von selbst gegangen oder haben wir damals die richtige Politik gemacht? Die Schwierigkeiten von 1982/83 liegen darin begründet, dass die Weltwirtschaft sich nicht erholt hat und wir der Meinung waren, die Erholung würde rascher gehen.“ (Douschan 2011, S. 230)

### *Zwentendorf und Hainburg*

In der Frage der Energiepolitik war Anton Benya ein starker Vertreter des Ausbaus kalorischer Kraftwerke und vor allem der Wasserkraft, weil letztere für ihn durch die geografischen Gegebenheiten günstig und umweltschonend war und Österreich in der Energieversorgung unabhängig sein ließ. Günstige Energie hatte einen bedeutenden Stellenwert für die Wirtschaft, weil sie damit wettbewerbsfähig sein konnte, ohne die Kosten von den Löhnen abzuziehen, aber sie kam auch der Bevölkerung zugute. Ein anderer wichtiger Aspekt war die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Kraftwerksbau im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Das frühe Eintreten für den Ausbau der Wasserkraft in Österreich half letztlich mit, den damals internationalen Trend der Umstellung der Energieversorgung von Kohlebergbau auf Erdöl- und Gasförderung auch beschäftigungspolitisch relativ gut zu bewältigen.



Mai 1984: ÖGB-Demonstration für den Bau des Kraftwerkes Hainburg (Foto: Votova)

Als mit der friedlichen Nutzung der Kernkraft eine „saubere“ und „günstige“ Form der Energiegewinnung in Aussicht stand, sprach sich Anton Benya für die Errichtung von Kernkraftwerken aus.

Das ablehnende Ergebnis der Volksabstimmung über die Errichtung des Kernkraftwerkes Zwentendorf im Jahr 1978 enttäuschte ihn sehr. Nahezu unverständlich waren ihm dann aber der Widerstand gegen den Bau des Wasserkraftwerkes Hainburg und der darauffolgende Baustopp im Jahr 1984. Das offensive Eintreten für den Bau des Kraftwerkes Hainburg brachte dem ÖGB das Image als „Betonierer“ und eine Schwächung der Sozialpartner.

In dieser Frage änderte Anton Benya auch später seine Meinung nicht, und er betonte, dass der ÖGB immer für gute Umweltsicherungsbedingungen eingetreten ist. Den Wach-

tumskritikerInnen warf er vor, selbst aus guten sozialen Verhältnissen zu kommen, aber nicht an die Zukunft anderer Bevölkerungsgruppen zu denken. Anton Benya 1983 beim 10. ÖGB-Bundeskongress: „Der ÖGB hat nie seine Augen vor negativen Folgen der Wirtschaftsdynamik und Wachstumsentwicklung verschlossen. Auch wir Gewerkschafter fragen uns dauernd, was wir wie und für wen produzieren ... Wir haben auch nie die Auffassung vertreten, daß allein die Vermehrung des materiellen Wohlstandes automatisch Glück und Zufriedenheit bedeutet. Doch das Wachstum der Wirtschaft hat breiten Bevölkerungsschichten Beschäftigung, ein gewisses Maß an Wohlstand, sozialer Sicherheit und den verstärkten Zugang zu unseren gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen gebracht. Deshalb sind wir gegen eine Gesellschaft des Verzichts.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1983, S. 403)

### **Bilanz**

Die vorausschauende, sehr breit angelegte Politik Anton Benyas hat viel zur wirtschaftlichen Stabilität und zum sozialen Frieden in Österreich beigetragen und er hat wesentliche sozialpolitische Reformen erreicht, die die Grundlage des Sozialstaates bilden.

Unter seiner Amtszeit wurden u. a. auch folgende Gesetze beschlossen:

- **1965** Wertsicherung der Pensionen durch das Pensionsanpassungsgesetz
- **1966** Entschärfung des „Risikos Krankheit“ durch Übernahme der Kosten für einen Spitalsaufenthalt, Herabsetzung der Altersgrenze für Frühpensionen auf 60 Jahre für Männer bzw. 55 Jahre für Frauen
- **1969** Hausbesorgergesetz, Gesetz über die Beschränkung der Nachtarbeit der Frauen
- **1971** Schülerbeihilfengesetz
- **1974** Entgeltfortzahlungsgesetz (bei Krankheit)
- **1975** Einbeziehung der teilzeitbeschäftigten ArbeitnehmerInnen in den Schutz des Angestelltengesetzes
- **1977** Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz (Konkursversicherung)
- **1979** Arbeiterabfertigungsgesetz, Gleichbehandlungsgesetz
- **1981** Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz
- **1983** Neue Grundlage für den betriebsärztlichen Dienst, „Aktion 57“ für die Stahlindustrie
- **1984** Arbeitsruhegesetz, Angleichung des Abfertigungsanspruchs von ArbeiterInnen an jenen der Angestellten
- **1985** Pensionsreform – Sicherung der Pensionen ohne Sozialabbau, Sozialgerichtsbarkeit
- **1987** Einrichtung eigener Arbeits- und Sozialgerichte

### **Der Politiker und Nationalratspräsident Anton Benya**

Anton Benyas Politikverständnis ging weit über die betriebliche Ebene hinaus. Er wollte als Vertreter der unselbstständig Beschäftigten, die ja historisch lange von einer politischen Mitbestimmung ausgeschlossen waren, die Politik und letztlich die Gesellschaft mitgestalten – für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und für die Erhaltung des sozialen Friedens. Seit seinem siebzehnten Lebensjahr war er aktives Mitglied der sozialdemokratischen Partei und nach 1945 Mitglied des SPÖ-Parteivorstandes. Anton Benya war zeit seines Lebens der Arbeiterbewegung verbunden. „Nützt oder schadet es der Arbeiterbewegung?“, an dieser Leitfrage orientierte er sich bei politischen Entscheidungen, die er vor allem auch in seiner Rolle als ÖGB-Präsident gegenüber den jeweiligen Regierungen vertrat. So war er 1966 im Parteivorstand zwar gegen eine Koalition mit der ÖVP, da ihm die Angebote der ÖVP zur Zusammenarbeit ungenügend erschienen, aber als ArbeitnehmerInnenvertreter such-

te er dennoch die Verständigung und stellte die sachliche Lösung von Problemen in den Vordergrund.

Anton Benya war ein Verfechter der parlamentarischen Demokratie und heftiger Gegner autoritärer und faschistischer Systeme. Als er 1971 nach dem Wahlsieg der SPÖ unter Bruno Kreisky zum 1. Nationalratspräsidenten gewählt wurde, bezeichnete er dies als eine „Auszeichnung für die Arbeiterschaft“ und als „Anerkennung der Leistungen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, die sehr viel zum Aufstieg dieser Republik beigetragen hat“. Er hatte diese Funktion 15 Jahre lang inne, und zwar von 4. November 1971 bis 17. Dezember 1986.



Anton Benya als 1. Präsident des Nationalrates (Foto: Votava)

Die Funktion des Parlamentspräsidenten sah Anton Benya ähnlich seiner Funktion als ÖGB-Präsident, wo er auch „koordinieren, zur Zusammenarbeit anhalten (und

in Streitfragen schlichten“ (Benya 1992, S. 90) musste. Während seiner Amtszeit als 1. Parlamentspräsident wurde bis 1975 eine umfassende und die bis heute wichtigste Reform der Nationalrats-Geschäftsordnung erarbeitet.

Von welcher großer Bedeutung die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie für ihn war, zeigt folgendes Zitat: „Demokratie, in der Form des Parlamentarismus, Toleranz und ein Grundkonsens, der erst ein friedliches und kooperatives Zusammenleben aller Staatsbürger gewährleistet, stellen keineswegs Selbstverständlichkeiten dar, die uns in den Schoß gelegt sind, sondern Errungenschaften von Generationen, die wir (...) pflegen und mehren müssen!“ (Hundert Jahre Parlamentsgebäude, 1984, S. 10) Auch der Umgang miteinander und mit abweichenden Standpunkten war ihm sehr wichtig: „Das Parlament, meine Damen und Herren, ist jener Ort, an dem Gegensätze durch Wechselreden, aber nicht durch Geschrei oder Beschimpfung ausgetragen werden sollen. Wenn sich einmal der Ton im Parlament nicht mehr von jenem der Straße unterscheidet, dann ist es fast kein Wunder mehr, wenn sich die Austragung der Gegensätze auf die Straße verlagert!“ (Gedenkkundegebung des Nationalrates 1983, S. 5)

Anton Benyas Rolle als Politiker war zwar untrennbar mit seiner Funktion als Gewerkschaftspräsident verbunden, aber er



1986: Anton Benya in Diskussion mit Bundeskanzler Fred Sinowatz (Foto: ÖGB)

war sich auch seiner Verantwortung als „Staatsmann“ bewusst. Herbert Krejci, langjähriger Generalsekretär der Industriellenvereinigung, bezeichnete Anton Benya als „Symbolfigur für die Integration der Arbeiterbewegung in den Staat“ (Jahrbuch des ÖGB 2003, S. 58) – eine durchaus treffende Bezeichnung und Bestätigung für seine langjährige politische Arbeit. Auf einer ganz pragmatischen Ebene betrachtete Anton Benya es als Vorteil, wenn GewerkschafterInnen im Parlament vertreten sind, da sie schon bei der Entstehung von Gesetzen ihre Anliegen einbringen könnten und nicht erst später etwa dagegen protestieren müssten. Er verlangte dafür aber auch eine entsprechende Haltung. Bei seiner Rede am 10. ÖGB-Bundeskongress im Jahr 1983 sagte er: „Ich möchte jene warnen, die Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft tragen – ich zähle uns Gewerkschafter dazu –, den Menschen

mehr zu versprechen, als sie dann halten können. Unsere Demokratie, aber auch die Funktionsfähigkeit der großen Verbände beruht auf der Glaubwürdigkeit jener, die sie vertreten.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1983, S. 400) Anton Benya hielt sich selbst daran. Zum Umgang Anton Benyas



1984: Anton Benya übergibt dem damaligen Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer eine Million Schilling aus dem Anton-Benya-Stiftungsfonds für drei Forschungsaufträge (Foto: ÖGB/Haslinger)

mit seinen Funktionen meinte der ehemalige Bundeskanzler Fred Sinowatz: „Das Besondere an ‚Toni‘ Benya war, dass er seine verschiedenen Funktionen, die des Nationalratspräsidenten und seine Position als Präsident des ÖGB, problemlos in sich vereinen konnte. Er war auch im Stande, seine Aufgaben als ÖGB-Präsident in der Sozialpartnerschaft im Konsens mit seiner Rolle als sozialdemokratischer Spitzenfunktionär zu absolvieren – ohne dass hier eine besondere Schlagseite der Politik entstanden wäre. Toni Benya war der ÖGB! . . . Dabei war er ein grundsatzstarker Politiker, er war nicht einer, der den Konsens unter allen Umständen gesucht hat. Aber er war flexibel genug, um nicht aus dogmatischen Gründen auf einem Standpunkt zu verharren – er konnte sehr weitblickend abschätzen, dass ein Schritt wichtig gewesen ist, auch wenn er ein Ziel nicht sofort erreicht hat.“ (Jahrbuch des ÖGB 2003, S. 34)

Mit Bundeskanzler Bruno Kreisky und später auch mit Fred Sinowatz als Bundeskanzler traf sich Anton Benya wöchentlich zu Besprechungen, bei denen er als Gestalter und Vermittler auftrat. Als Bruno Kreisky im Jahr 1967 zum SPÖ-Vorsitzenden gewählt wurde, hatte Anton Benya einen anderen Kandidaten bevorzugt. Auf einer Versammlung der Metaller, zu der beide eingeladen wurden, kam es zwischen ihnen zu einer Aussprache, bei der der Grundstein für gegenseitigen Respekt und eine langjährige Zusammenarbeit gelegt wurde. Heinz



1974: Bundeskanzler Bruno Kreisky und Anton Benya beim Parteitag der SPÖ (Foto: Privatarchiv Benya)

Fischer erzählte, dass Bruno Kreisky Einwände von Anton Benya stets ernst genommen habe und der Satz: „Bruno, so wird das nicht gehen“ immer wieder zu hören gewesen sei. Wenn sich aber beide auf einen Standpunkt in einer Sache geeinigt hatten, sei kein anderer Standpunkt im Parteipräsidium mehr durchzusetzen gewesen. (Jahrbuch des ÖGB 2003, S. 31)

### Der Sozialpartner Anton Benya

Unter Anton Benya erlebte die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, meist kurz als Sozialpartnerschaft bezeichnet, insbesondere in den 1960er- und 1970er-Jahren ihre Blütezeit. Begünstigt wurde sie durch die Konsensorientierung der Nachkriegszeit und durch große Interessenvertretungen mit einer relativen Homogenität der in ihnen vertretenen Bevölkerungsgruppen (ArbeitnehmerInnen, Wirtschaftstreibende, Bau-

ern). Die langen Jahre der Koalitionen zwischen den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP und andererseits die Vertretung der Parteien in den Verbänden und umgekehrt boten zusätzlich verschiedene Ebenen der Konfliktlösung auf dem Verhandlungswege. In diesem System agierte Anton Benya als geschickter Verhandler und Brückenbauer zwischen den Lagern. Er prägte das Modell der Sozialpartnerschaft entscheidend mit, baute es aus und verteidigte es immer wieder. Er lebte es, in der Überzeugung, dass Wirtschaft und ArbeitnehmerInnen trotz unterschiedlicher Standpunkte auch gemeinsame Interessen hätten. Zu diesen gehörte vor allem eine gute wirtschaftliche Entwicklung als Basis für einen gerecht zu verteilenden Wohlstand.



1993: Christoph Leitl, damals Wirtschaftslandesrat von Oberösterreich, überreicht Anton Benya den Karl-Leitl-Partnerschaftspreis (Foto: ÖGB)

Anton Benya verwendete anstatt „Sozialpartnerschaft“ lieber den Begriff „Wirtschaftspartnerschaft“. Er meinte: „Wenn wir im Gewerkschaftsbund den Begriff ‚Wirtschaftspartner‘ verwenden, so tun wir das deshalb, weil der Begriff ‚Sozialpartner‘ unserer Meinung nach falsch ist. Wir sind auf der sozialen Ebene nicht gleichgestellt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind nicht auf der sozialen Ebene Partner, aber sie sind Partner in der Wirtschaft, beide haben in der Wirtschaft zu tun. Deshalb glauben wir, dass wir den Begriff ‚Wirtschaftspartner‘ verwenden sollten.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1976, S. 378)

Daraus ergibt sich die Forderung nach Mitbestimmung in der Wirtschaft, sowohl auf betrieblicher als auch überbetrieblicher Ebene. Bei seiner Antrittsrede als neu gewählter Präsident beim 5. ÖGB-Bundeskongress im September 1963 bekräftigte Anton Benya die Forderung nach einer Wirtschaftsdemokratie und er erklärte, warum dies wichtig sei: „Durch falsche Wirtschaftspolitik hervorgerufen, gab es damals Arbeitslosigkeit, ja Massenarbeitslosigkeit. Dies führte wieder zu Not und Elend, später zu totalitären, faschistischen und diktatorischen Systemen. Um nun – das sei allen Ernstes gesagt – eine solche Entwicklung zu verhindern, verlangen wir Arbeitnehmer, verlangen wir als ÖGB die Mitbestimmung in der Wirtschaft. Denn wir können feststellen, (...), daß die arbeitenden Menschen, die die Mitbestimmung in



Anton Benya und Rudolf Sallinger bei der Einigung zur etappenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche im Jahr 1969 (li.) und 20 Jahre später als Pensionisten (Foto: ÖGB/Basch, ÖGB/Haslinger)

der Wirtschaft verlangen, nicht unbedeutend sind, ja wenn wir den Menschen und seine Leistungen in den Mittelpunkt stellen, dann glauben wir sagen zu dürfen, daß wir der größere Teil der sogenannten Wirtschaft sind.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1963, S. 428)

Diese Tatsache war für Anton Benya ein wesentliches Motiv für die Mitgestaltung der Gewerkschaft auf wirtschaftlicher und auf staatlicher Ebene, sei es über Vorschläge und Forderungen zur Steuerpolitik, zur Konjunktur-, Budget- oder Arbeitsmarktpolitik. Er war sich der Verantwortung bewusst, die dieser Einfluss mit sich brachte, und stand auch dafür ein. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage als auch auf die Lage der ArbeitnehmerInnen und der Bevölkerung setzte Anton Benya sozial- und wirt-

schaftspolitische Forderungen um. Im Gegenzug setzte er, je nach wirtschaftlichen Parametern, die Lohnpolitik als wesentliches Steuerungselement des ÖGB auf der überbetrieblichen Ebene der Sozialpartnerschaft als konjunkturpolitisches Instrument ein. Unterstützung holte sich Anton Benya von Expertinnen und Experten. So zog er die volkswirtschaftliche Abteilung des ÖGB immer zu seinen morgendlichen Besprechungen hinzu. Einen Grundstein für die Heranziehung von Expertinnen und Experten im Rahmen der Paritätischen Kommission legte Anton Benya gleich 1963 nach seiner Wahl zum ÖGB-Präsidenten. Noch am Bundeskongress forderte er ein sozialpartnerschaftlich besetztes Gremium von Wirtschaftsexpertinnen und -experten, das als Hilfestellung und zur Versachlichung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Poli-

tikplanung wissenschaftliche Grundlagen ausarbeiten sollte, und an denen sich die Politik dann zu orientieren habe. Unmittelbar nach diesem Kongress begann Anton Benya im Oktober 1963 mit Karl Maisel als Präsident des Arbeiterkammertages und Julius Raab, dem Präsidenten der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, die Verhandlungen über die Einrichtung dieses Gremiums. Zwei Wochen später wurde eine Einigung erzielt (auch als Raab-Benya-Abkommen bezeichnet) und am 18. November 1963 konstituierte sich der „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“ als dritter Unterausschuss der Paritätischen Kommission. Dieser hat bis heute mehr als 80 Studien erstellt, die wichtige Grundlagen für politische Entscheidungsprozesse in Österreich boten.

1964 wurde Rudolf Sallinger Präsident der Wirtschaftskammer. Mit ihm hatte Anton Benya einen kongenialen Verhandlungspartner bis zum Ende seiner ÖGB-Präsidenschaft. Herbert Krejci beschrieb das Duo Benya-Sallinger folgendermaßen: „Das Wesen dieses österreichischen Modells der Sozialpartnerschaft, wie sie sich in der Achse zwischen Anton Benya und Rudolf Sallinger manifestiert hat, war zum einem die absolute Offenheit zwischen den beiden, das Gefühl, dass einer den anderen nicht hineinlegt oder über den Tisch ziehen will. Die Ehrlichkeit im Umgang miteinander, das Wissen, was zumutbar ist.“ (Jahrbuch des ÖGB 2003, S. 59)

Wichtige Sozialpartnereinigungen in der Ära Benya:

- **1963** Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen in der Paritätischen Kommission
- **1964** Generalkollektivvertrag über die Einführung des dreiwöchigen Mindesturlaubes (auch für ArbeiterInnen)
- **1967/68** Einführung der Wirtschaftspolitischen Aussprache (mit OENB, WIFO), Gründung des Verbändekomitees durch BM Koren (mit Regierung, Wirtschaftspartnern, dem Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut und der OENB)
- **1969** Generalkollektivvertrag zur Einführung der 40-Stunden-Woche
- **1972** Benya-Sallinger-Stabilisierungsabkommen, um durch Lohn- und Preismäßigung Inflationserwartungen zu brechen
- **1977** Generalkollektivvertrag zu Teilen des neuen Urlaubsgesetzes
- **1987** Teilnahme an der Arbeitsgruppe für europäische Integration, im Rat für Fragen der österreichischen Integrationspolitik

### Abschied von politischen Funktionen

Im Mai 1977 legte Anton Benya beim 11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter seinen Vorsitz zurück und wurde Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft. 1979 wollte er auch das Amt

des ÖGB-Präsidenten zurücklegen, wurde jedoch sowohl in der SPÖ als auch von den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) gebeten, noch zu bleiben. 1983 bat ihn dann noch einmal Fred Sinowatz um eine weitere Periode, weil er nach dem Verlust der absoluten SPÖ-Mehrheit und dem Rücktritt Bruno Kreiskys mit der FPÖ einen in Regierungsarbeit noch unerfahrenen Partner hatte. Da wollte er nicht auch noch im ÖGB einen Führungswechsel haben.



Oktober 1987: Anton Benya und sein Nachfolger Fritz Verzetnitsch beim 11. ÖGB-Bundeskongress (Foto: ÖGB)

So war Anton Benya 75 Jahre alt, als er beim 11. ÖGB-Bundeskongress vom 5. bis 9. Oktober 1987 sein Amt an den damals 42-jährigen Fritz Verzetnitsch übergab. Die Monate zuvor hatte er noch intensiv in Gesprächen mit SpitzenfunktionärInnen für diesen Generationswechsel geworben.

Bei seiner Schlussansprache beschwor Anton Benya die Geschlossenheit, Solidarität und Toleranz im Gewerkschaftsbund zu erhalten und blickte zurück auf die Errungenschaften seit seiner Gründung: „Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir Gewerkschafter zurückblicken, können wir feststellen, daß unsere Arbeit doch von großen Erfolgen für die Arbeitnehmer geprägt war. Die Gewerkschaften wirken in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mit. Das hat uns oft den Vorwurf eingebracht, wir seien ein Staat im Staate. Andere meinten, der ÖGB sei ein Koloß auf tönernen Füßen. Ich glaube, wir haben bewiesen, daß unsere Mitwirkung und Mitbestimmung uns auch die Verantwortung, die Mitverantwortung in diesem Staate auferlegt haben. Wir haben Erfolge gemeinsam – alle gemeinsam in diesem Staate – erzielt, diese können wir überall herzeigen. ... Wir haben einen Staat mit sozialer Sicherheit geschaffen und somit die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer erfüllt. Dies sind entscheidende Bedingungen für den sozialen Frieden und die Stabilität der Gesellschaft.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1987, S. 182)

Auf diesem Kongress feierte Anton Benya auch seinen 75. Geburtstag. Als Geburtstagsgeschenk widmeten ihm die Arbeiterkammer Wien und der ÖGB die Benennung eines Parks beim neu entstandenen Bildungs- und Kulturzentrum der Arbeiterkammer im 4. Wiener Gemeindebezirk, den „Anton-Benya-Park“, und eine Edelstahlporträtplastik des Künstlers Prof. Alexander Diepold. Der damalige ÖGB-Vizepräsident und Sozialminister Alfred Dallinger gratulierte ihm im Namen der gesamten Organisation: „Wir wissen, was Toni Benya für Österreich geleistet hat. Hohe und höchste staatliche Auszeichnungen im In- und Ausland hat er erhalten. Aber die höchste Auszeichnung, die die Österreicher zu vergeben haben, ist die, daß er in Österreich nur ‚der Benya‘ und bei uns ‚der Toni‘ ist.“ (Protokoll, ÖGB-Bundeskongress 1987, S. 279)

In seiner bewusst kurz gehaltenen Dankesrede meinte Anton Benya: „Auch wenn es manchmal so geschienen hat, wenn man in einer Diskussion eine gewisse Härte gezeigt hat, das seien die Macher, die alles erzwingen, die kein Herz haben, dann werden Sie sicherlich verstehen: Gerade wenn man ein Herz hat, muß man sich bemühen, das, was man im Interesse der arbeitenden Menschen für richtig hält, auch mit einer gewissen Härte durchzubringen. Das war meine, ist unsere Aufgabe. Ich kann nur noch einmal sagen: Bleiben wir, wie wir sind, Menschen mit Fehlern, Menschen mit Vorzügen, alle miteinander Gewerkschaft-



Mit Anton Benya schied auch der langjährige Leitende Sekretär des ÖGB Alfred Ströer aus seinem Amt (Foto: ÖGB)

ter, die im Dienste der Arbeiterbewegung stehen. Glück auf!“ (Ebd, S. 280)

Auch im Ruhestand blieb Anton Benya der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Er besuchte regelmäßig die ÖGB-Zentrale und die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, wo er noch ein Büro hatte und bis zuletzt, wenn es seine Gesundheit erlaubte, bei den Sitzungen des Zentralvorstandes anwesend war. Er nahm an gewerkschaftlichen Veranstaltungen sowie an Protestaktionen teil, ebenso war er gern gesehener Gast bei vielen anderen öffentlichen Ereignissen. Zudem hatte er eine Kartenrunde mit ehemaligen Kollegen aus der Politik, wie z. B. Alfred Sinowatz. Eine Beschäftigung, die er schon in seiner aktiven Zeit zum Entspannen und Diskutieren während seiner langen Arbeitstage nutzte.



Mai 2000: Der ehemalige Handelsminister und Vorsitzende der Gewerkschaft der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter Josef Staribacher mit Anton Benya bei der großen Betriebsrätekonferenz gegen die Sparpläne der Regierung (Foto: ÖGB/Korp)

Anton Benya mischte sich öffentlich nicht in die Politik seiner Nachfolger ein, war aber bis zuletzt an den politischen Entwicklungen interessiert und nahm dazu auch in Interviews Stellung. So kritisierte

er die Privatisierungs- und Polarisierungspolitik der ÖVP/FPÖ-Koalitionsregierung ab 2000 scharf. Ebenso übte er Kritik an ihrer Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten und ihrer Weigerung, die Sozialpartner einzubinden – er warf ihr „autoritäre Methoden“ vor. Ein Déjà-vu-Erlebnis aus seiner Jugend hatte Anton Benya, als mit der Reform des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger die Selbstverwaltung aufgehoben werden und durch eine Unvereinbarkeitsregel SpitzenfunktionärInnen von Gewerkschaft und Arbeiterkammer aus ihren Funktionen gekippt werden sollten. Bei der großen ÖGB-Demonstration gegen dieses Vorhaben am 5. Juli 2001 in Wien war Anton Benya unter den DemonstrantInnen. Er wurde bei der Abschlusskundgebung auf das Podium gebeten und hielt spontan eine Rede.



1989: Kardinal Dr. Franz König, der Bildhauer Alfred Hrdlicka und Anton Benya bei einer Vernissage (Foto: ÖGB)



5. Juli 2001: Anton Benyas letzte Rede bei der ÖGB-Demonstration am Heldenplatz (Foto: ÖGB/Deak)

Dabei warnte er vor einem Rückfall in längst vergangene Zeiten und erinnerte daran, als Dollfuß die Parteien und freien Gewerkschaften in die Illegalität gedrängt hatte (damit war auch der Verlust aller Äm-

ter in den Selbstverwaltungseinrichtungen verbunden). Damals hätten sie sich geschworen: „Wir kommen wieder.“ Anton Benya weiter: „Es war nicht leicht, aber es ist uns gelungen. Wir haben ein hervorragendes System der Sozialversicherung geschaffen. Wenn nun die Regierung meint, sie kann dieses System zerstören, sagen wir ihnen eines: ‚Seid vorsichtig, wir kommen wieder!‘“ (ÖGB-Aussendung, 5. 7. 2001)

Anton Benya starb am 5. Dezember 2001. In zahlreichen Nachrufen wurde sein großer Anteil an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Österreich gewürdigt. Er erhielt ein Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof.



13. Dezember 2001: Trauerfeier für Anton Benya im Parlament (Foto: ÖGB/Korp)



Anton Benya 1977 mit dem österreichischen Nationalteam (Foto: ÖGB/Cerny)

### *Präsident des Fußballklubs Rapid – ein Nachtrag*

Nach dem Ausscheiden aus seinen politischen Funktionen nahm Anton Benya noch einmal eine Präsidenschaft an, und zwar im Sportklub Rapid. Fußball faszinierte und begleitete ihn sein Leben lang. Ob auf der Straße mit „Fetzenladerln“ spielend, als Amateurspieler bis zu seinem 34. Lebensjahr oder danach als Zuschauer. Er war schon seit seiner Jugend Anhänger des Arbeitersportklubs Rapid, dessen „Kampfkraft“ ihn fesselte. Darüber hinaus bezeichnete er einmal Fußball als eine „herrliche Nebensache bei den üblichen Gesprächsthemen“ (Benya 1992, S. 117), und die Rivalitäten zwischen Rapid- und Austria-AnhängerInnen boten oft Anlass für „Häkeleien“ auch in der politischen Arbeit über Parteigrenzen hinweg. Zu Beginn der 1960er-Jahre wurde er auf Einladung des Klubs Mitglied im Kuratorium. Von Hans Krankl als „Toni-Onkel“ bezeichnet, war Anton Benya so etwas wie der Schutzpatron des Klubs, der abgesehen von der moralischen Unterstüt-

zung auch etwaige Sponsoren aktivieren konnte. 1989 wurde ihm der Vorsitz im Rapid-Präsidium angeboten und er wurde von der Mitgliederversammlung zum Präsidenten des SK Rapid gewählt. Der Verein war zu diesem Zeitpunkt in einer schwierigen finanziellen und sportlichen Situation. Auf die Frage, warum er sich das antue, meinte er: „Es entspricht meiner Lebenseinstellung zu helfen, wenn man um Hilfe gebeten wird, und Aufgaben auch dann zu übernehmen, wenn das Risiko zu scheitern nicht klein ist.“ (Benya 1992 S. 117) Drei Jahre später legte er nach seinem 80. Geburtstag mit Ende 1992 seine Präsidenschaft zurück, ab 1993 war er Ehrenpräsident. Im selben Jahr wurde der Klub durch einen Ausgleich saniert, und in den Jahren 1994/1995 kam auch der sportliche Erfolg wieder zurück.

Anton Benya besuchte weiterhin die Spiele des SK Rapid und glaubte an den Erfolg „seiner“ Mannschaft. Fast 89-jährig besuchte er im September 2001 noch ein Match, bei dem er allerdings einen Schwächeanfall erlitt. Es war sein letztes Spiel.

## Namensgebungen zur Erinnerung an Anton Benya

### **Anton-Benya-Stiftungsfonds zur Förderung der Facharbeit**

Gegründet anlässlich des 60. Geburtstages von Anton Benya im Jahr 1972. Alle zwei Jahre werden Projekte und Einzelpersonen ausgezeichnet, die sich besonders um die Facharbeit in Österreich verdient gemacht haben. Im Oktober 2012 fand die zwanzigste Verleihung seit der Gründung statt.

### **Anton-Benya-Park in der Argentinierstraße im 4. Wiener Gemeindebezirk Wieden,**

in dem auch eine Gedenktafel mit einer Edelstahlporträtplastik des Künstlers Prof. Alexander Diepold angebracht ist.

Gewidmet von Arbeiterkammer Wien und ÖGB anlässlich des 75. Geburtstages von Anton Benya im Oktober 1987. Eröffnet wurde die Parkanlage am 1. Juni 1990.

### **Anton Benya Haus**

Geriatrisches Tageszentrum der Wiener Sozialdienste in der Arndtstraße 67 im 12. Wiener Gemeindebezirk Meidling.

Eröffnet im Juni 2002.

### **Straßennamen:**

Anton-Benya-Straße in Brunn am Gebirge, Niederösterreich

Anton-Benya-Straße in Ebergassing, Niederösterreich

Anton-Benya-Straße in St. Pölten, Niederösterreich

Anton-Benya-Straße in Vösendorf, Niederösterreich

### **Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof – Gruppe 32 C, Nummer 58 A**

Anton-Benya-Park (Foto: Lichtenberger)



## Bibliografie

- Benya, Anton: Mein Weg. Lebenserinnerungen des langjährigen ÖGB-Präsidenten. Wien, 1992 (1. Aufl.) und 2002 (2. ergänzte Aufl.)
- Benya, Anton: Ein echter Rapidler geworden. In: Höferl, Andreas (Hrsg.): Rudolf Edlinger. Über sein Leben. Wien, 2000
- Benya, Anton: Symbol des Aufstiegs. In: Reiter, Franz Richard (Hrsg.): Wer war Bruno Kreisky? Wien, 2000
- Benya, Anton: Im Gespräch mit ... In: Hudler, M./Kirchner, S./Palt, C.: Einblicke in das Leben von Heinz Kienzl. Aus der Sicht der anderen ... Wien, 1998
- Benya, Anton: Jeder hat seinen Teil beigetragen. In: Reitinger, Karin u. a.: Betriebsarbeit vor 50 Jahren. Wien, 1995
- Benya, Anton: Niemand hätte uns geholfen, wenn wir es nicht selbst getan hätten. In: Ludwig, Michael/ u. a. (Hrsg.): Der Oktoberstreik 1950 – Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Wien, 1991
- Benya, Anton: Wenn es sein muß, wird auch gestreikt. Anton Benya erinnert sich. In: Metallerleben. 100 Jahre Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie. Wien, 1990
- Benya, Anton: „In Zeiten großer Not muss man aufpassen, nicht zu idealisieren.“ Anton Benya über seine frühen Jahre. Interview mit Günter Traxler. In: Maimann, Helene (Hrsg.): Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988. Wien, 1988
- Benya, Anton: Ich bin und bleibe Optimist. Das aktuelle A&W-Gespräch. In: Arbeit & Wirtschaft, Heft 10, 1987
- Benya, Anton/ Sabel, Charles F.: Gewerkschaftsstrategie in den achtziger Jahren. Wien, 1983
- Benya, Anton: Wirtschaft und Gewerkschaft. Vortrag von Anton Benya. Wien, 1982
- Benya, Anton u. a.: Arbeit schaffen. Umwelt schützen. Frieden sichern. Die Reden bei der SPÖ-Vertrauenspersonenkonferenz in Linz am 18. September 1982 und der Text des 2. Beschäftigungsprogramms. Wien, 1982
- Benya, Anton: Gewerkschaften in der Gesellschaft von heute. Wien, 1975
- Benya, Anton: Von der Arbeiterkammer ins Wissenschaftsministerium. Sonderdruck aus der Festschrift für Hertha Firnberg „Wissenschaft und Weltbild“ (Hrsg. v. Wolf Frühauf). Wien, 1975
- Benya, Anton: 30 Jahre Befreiung Österreichs. In: Zeitgeschichte. 2. Jg., Heft 9/10, Juni/Juli 1975,
- Benya, Anton: die Entstehung und Entwicklung der Verstaatlichten Industrie in Österreich (1946–1956). In: Festschrift für Karl Waldbrunner. Wien, 1971
- Benya, Anton: Mit starken Gewerkschaften in die siebziger Jahre. Wien, 1970
- Benya, Anton: Der Weg des ÖGB unter den geänderten Verhältnissen. Wien, 1967
- Benya, Anton: Die Gewerkschaften in Gesellschaft und Wirtschaft. Wien, 1967
- Benya, Anton: Mein Weg in die Arbeiterbewegung. In: Der Aufstieg. 75 Jahre Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter. Wien, 1965
- Benya, Anton: Die Koordination der Lohn-, Preis- und Sozialpolitik vom Standpunkt der Arbeitnehmer. In: ÖNB (Hrsg.): Wirtschaftspolitisches Zeitgeschehen 1964/65. Seminar-Vorträge – Weißenbach 1964. Wien, 1965
- Benya, Anton: Vor neuen Aufgaben. Wien, 1964

## Sekundärliteratur

Autengruber, Peter: Parks und Gärten in Wien. Wien, 2008

Dokumentation unserer Zeit: Die gemeinsame Basis ist der Mensch. Kardinal Dr. Franz König vor dem Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Salzburg, Linz, Wien, 1975 (Schallplatte)

Douschan, Liselotte: Anton Benya. Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident. Wien, 2011

Gedenkkundgebung des Nationalrates der Republik Österreich am 4. März 1983. Wien, 1983

Hundert Jahre Parlamentsgebäude 1884–1984. Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates der Republik Österreich am 14. Dezember 1984 aus Anlaß des 100-Jährigen Bestandes des Parlamentsgebäudes. Österreichische Staatsdruckerei, o. J.

Jahrbuch des ÖGB 2003. Anton Benya – „Der Vertrauensmann“. Wien: ÖGB-Verlag, 2003

Kauer, Nani (Hrsg.): Anton Benya – „Der Vertrauensmann“. Wien, 2012

Kienzl, Heinz; Skarke, Herbert (Hrsg.): Anton Benya und der Austrosozialismus. Gedanken und Erinnerungen. Wien, 2012

Kienzl, Heinz (Hrsg.): Die Zeit des Anton Benya. Eine Studie der Arbeitsgemeinschaft Information und Medienforschung. Wien, 2007

Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Band 3, Wien, 1979

Klenner, F./Pellar, B.: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Wien, 1999 (2. aktualisierte Aufl.)

Koch, Robert u. a.: Ein schlichtes Refugium. In: Wien Intim. Gemeinnützige Wohngeschichten. Wien, 1996

Kunz, Johannes (Hrsg.): Anton Benya – Ansichten des Nationalrats- und ÖGB-Präsidenten. Wien, 1992

Ludwig, M. u. a.: Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Wien, 1991

Österreichischer Gewerkschaftsbund, Österreichischer Arbeiterkammertag (Hrsg.): 40 Jahre ÖGB. Erfahrungen – Entwicklungen. Bildungsinformation, Sonderheft: Arbeit & Wirtschaft 4a/1985. Wien, 1985

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Die Herausforderung. Anton Benya zum 65. Geburtstag. Wien, 1977

Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik. Ein Konzept des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Wien: ÖGB-Verlag, 1959

Stenographische Protokolle, 5. bis 11. Bundeskongress des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Wien, 1964, 1967, 1971, 1975, 1980, 1984, 1988

Stenographisches Protokoll des Nationalrates der Republik Österreich, XVII. GP, 17. 12. 1986, S. 10–11

Stenographisches Protokoll des Nationalrates der Republik Österreich, XI. GP, 30. 10. 1968



**OGB** VERLAG

garantiert gut informiert

## Weitere Publikationen zum 100. Geburtstag von Anton Benya

### **Anton Benya. Der Vertrauensmann**

Nani Kauer (Hg.)

ÖGB-Verlag, September 2012

156 Seiten, Preis: 24,90 Euro, ISBN: 978-3-7035-1567-5

### **Anton Benya und der Austrosozialismus**

*Gedanken und Erinnerungen*

Heinz Kienzl/Herbert Skarke (Hg.)

ÖGB-Verlag, September 2012

308 Seiten, Preis: 29,90 Euro, ISBN: 978-3-7035-1566-8

## Zum 10. Todestag erschienen:

### **Anton Benya. Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident**

Liselotte Douschan

Böhlau Verlag, 2011

323 Seiten, Preis: EUR 29,90, ISBN: 978-3-205-78748-8

BERATUNG, BESTELLUNG UND VERSAND FÜR ARBEITNEHMERVERTRETERINNEN AUS GANZ ÖSTERREICH:

Rathausstraße 21, 1010 Wien || Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136

E-Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) || Web: [www.oegbverlag.at/meinvorteil](http://www.oegbverlag.at/meinvorteil)

Nicht lagernde Titel besorgen wir rasch und ohne zusätzliche Kosten!

**Benya war auch einmal Lehrling.  
100.000 Jugendliche sind bei uns.**

**Mach auch  
du mit!**



1983: Werbeplakat der Österreichischen Gewerkschaftsjugend mit Anton Benya als „Superman“.

In der Reihe Zeitgeschichte und Politik sind bisher erschienen:



**Martina Krenn, Maria Rathgeb**  
90 Jahre Betriebsratsgesetz 1919–2009



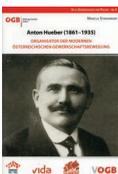
**Marcus Strohmeier**  
Aufbruch in die Zukunft.  
Aus der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes



**Marcus Strohmeier**  
Lernen um zu kämpfen  
Kämpfen um zu siegen  
Josef Luitpold Stern (1886–1966)



**Jiří Pokorný**  
Aus der Geschichte der tschechischen Gewerkschaftsbewegung



**Marcus Strohmeier**  
Anton Hueber (1861–1935)  
Organisator der modernen österreichischen Gewerkschaftsbewegung



**Marcus Strohmeier**  
Vykročení do budúcnosti  
Z dejín Rakúskeho odborového zväzu  
(Aufbruch in die Zukunft).  
Aus der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes)



**Brigitte Pellar**  
120 Jahre Mission Gerechtigkeit  
Der erste große Gewerkschaftskongress  
und der Weg ins Heute (1893–2013)